

ACADEMIC
FORUM FOR
FOREIGN
AFFAIRS -
AUSTRIA

UNION
ACADEMIQUE
DES AFFAIRES
ETRANGERES -
AUTRICHE



HOCHSCHULLIGA FÜR DIE VEREINTEN NATIONEN

AKADEMISCHES FORUM FÜR AUSSENPOLITIK - ÖSTERREICH

GRAZ - INNSBRUCK - KLAGENFURT - LINZ - SALZBURG - WIEN

Europäische Sicherheitsinteressen im Schwarzmeerraum

Eine Forschungsarbeit der Students Initiative for Security Policy Research (SISPR)

Generalsekretär:

Matthäus Trauttmansdorff

Mitarbeiter:

Matthias Cernusca

Agnes Handler

Phillip P. Hödl

Tolga Kuterdem

Hanns Matiasek

Maximilian Müller

Wien, Oktober 2009

"Im Schwarzmeerraum eröffnet sich für die Europäische Union ein weiteres Gebiet, das großes Potential für eine dynamische Entwicklung hat, die von uns stärker unterstützt und gefördert werden sollte. Daher will ich die bereits bestehenden politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und menschlichen Beziehungen zur Schwarzmeerregion weiter vertiefen. Gerade in Krisenzeiten ist es unerlässlich, eine aktive Nachbarschaftspolitik zu betreiben."

Außenminister Dr. Michael Spindelegger, 17. Mai 2009 beim Europaforum Wachau

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	3
Zusammenfassung.....	4
Interesse an einer politisch stabilen und friedlichen Region	4
Interesse an Energiesicherheit	6
Interesse an der Eindämmung organisierter Kriminalität aus dem Raum	7
Einleitung	10
Interesse an einer politisch stabilen und friedlichen Region.....	13
Einleitung	13
Georgien	13
Transnistrien	15
Berg Karabach	17
Ukraine.....	19
Interesse an Energiesicherheit	22
Einleitung	22
BTC-Pipeline als Modell für zukünftige Pipeline-Projekte	23
Die Lehren aus BTC für Nabucco?	25
Herausforderungen für die Nabucco Pipeline.....	26
Das Nabucco Projekt - ein Ausblick.....	29
Die Rolle Russlands als unentbehrlicher Lieferant und unverlässlicher (?) Partner im Energiesektor	30
Interesse an der Eindämmung organisierter Kriminalität aus dem Raum	39
Einleitung	39
Sicherheitspolitische Situation im SMR	39
Illegale Migration.....	40
Organhandel	41
Terrorismus.....	43
Illegaler Drogenhandel.....	45
Illegaler Waffenhandel und -besitz in der Schwarzmeerregion	48
Literatur	53

Zusammenfassung

Schon bald nach seinem Amtsantritt als Außenminister Ende 2008 verkündete Michael Spindelegger, dass der Schwarzmeerraum in Zukunft enorme Bedeutung für Österreich und Europa haben werde. Er ermunterte damit auch zur verstärkten Auseinandersetzung mit diesem Raum – seiner Kultur und Geschichte sowie seiner aktuellen Situation – und rief dazu auf, eine gemeinsame europäische Strategie für den Schwarzmeerraum (SMR) zu entwerfen, um in Zukunft koordinierter agieren zu können.

Jede politische Strategie hinsichtlich des SMR setzt genaue, und möglichst umfassende, Kenntnis der Region, seiner Probleme sowie seiner politischen und wirtschaftlichen Akteure voraus. Genauso wichtig ist es, gewisse gemeinsame Interessen der europäischen Staaten zu erkennen und zu definieren. Für den Bereich der Sicherheitspolitik hat es sich eine Gruppe von Studenten der *Students Initiative for Security Policy Research (SISPR)* zur Aufgabe gemacht, diese Interessen Europas herauszuarbeiten. Hierbei haben wir drei Hauptinteressen für die Sicherheit Europas in diesem Raum erkennen können, die freilich eng miteinander zusammenhängen:

- a. Interesse an einer politisch stabilen und friedlichen Region
- b. Interesse an Energiesicherheit
- c. Interesse an der Eindämmung organisierter Kriminalität aus dem Raum

Interesse an einer politisch stabilen und friedlichen Region

Mit Aufnahme von Rumänien und Bulgarien in die Europäische Union (EU) im Jahre 2007 stieß die europäische Staatengemeinschaft in einen Raum vor, der politisch bisher für Europa nur geringe Bedeutung hatte – dem SMR, bestehend aus allen Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres. Dieser war bis dahin eher ein klassischer Einflussbereich Russlands gewesen und mit Konflikten übersät, die ihren Ursprung meist in der Zeit kurz nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion Anfang der neunziger Jahre haben. Dazu zählen vor allem der Konflikt in Georgien um die Regionen Abchasien und Süd-Ossetien, jener in Moldawien um Transnistrien, die Auseinandersetzung zwischen Armenien und Aserbaidzhan um die Region Berg Karabach und der politische Konflikt in der Ukraine. All diese Konflikte verhindern die wirtschaftliche Entwicklung der Region sowie die Ausprägung einer stärkeren Staatlichkeit. Dies wiederum hat das Florieren von organisierter Kriminalität zur Folge, die bis in die EU spürbar ist. Insofern liegt es – auch mit Blick auf mögliche zukünftige Engagements österreichischer und europäischer Unternehmen in der Region – im europäischen Gesamtinteresse zu einer Lösung dieser schwelenden Konflikte beizutragen. Im Folgenden sollen die einzelnen Konflikte in ihren wesentlichen Punkten noch einmal zusammengefasst werden.

a. Georgien

Seit seiner Unabhängigkeit von der Sowjetunion 1991 kämpft das, zahlreiche Minderheiten umfassende, Land um seine territoriale Integrität. Hauptproblem sind die Regionen Abchasien und Süd-Ossetien, die, bevölkert von ethnischen Minderheiten, seit Jahren nach der völligen Abspaltung von Georgien streben. Unterstützt werden sie dabei von Russland, welches - seit der Unabhängigkeit Georgiens um seinen Einfluss in der Region fürchtend - das als politischen Gegner betrachtete georgische Regime damit zu schwächen beabsichtigt. In zwei Kriegen, jeweils Anfang der neunziger Jahre, erkämpften sich die Osseten und Apsua-Abchasier mit russischer Hilfe eine gewisse Unabhängigkeit von Georgien. Der im Zuge der gewaltlosen „Rosenrevolution“ 2004 an die Macht gekommene georgische Präsident Mikhail Saakashvili trat sein Amt unter anderem auch mit dem Ziel an, die staatliche Einheit seines Landes wiederherzustellen. Diese offene Kampfansage an Süd-Ossetien und Abchasien und damit auch an Russland führte zu einer Verschärfung des Konfliktes, der schließlich im Sommer 2008 in einem Fünf-Tage-Krieg zugunsten Russlands entschieden wurde. Seitdem genießen die separatistischen Regionen eine völlige Unabhängigkeit von Georgien.

b. Transnistrien

Als sich Moldawien 1991 von der Sowjetunion abspaltete, war die Bevölkerung des etwas wohlhabenderen Teils Moldawiens, Transnistrien („jenseits des Flusses Nistru“), strikt dagegen und forderten den Verbleib bei Russland. Schließlich kam durch den Einmarsch moldawischer Truppen zu einem Kurzkrieg, der durch die Intervention russischer Truppen beendet wurde. Der Konflikt ist bis heute nicht gelöst.

c. Berg Karabach

Die Region um den Berg Karabach liegt innerhalb Aserbaidshans, hat aber einen hohen Bevölkerungsanteil an Armeniern. Dies war auch der Grund warum Armenien die Region unterstützte, als diese in einem Referendum 1988 für einen Anschluss an Armenien votierte. In weiterer Folge kam es 1990 zu einem Krieg zwischen Aserbaidshan und Armenien, der mit russischer Unterstützung 1994 zugunsten letzterer entschieden werden konnte. Seitdem herrscht ein unruhiger Frieden. Unterstützung bekommt Aserbaidshan von der benachbarten Türkei. Bewegung in den Konflikt kam in den letzten Jahren vor allem dadurch, dass zahlreiche wichtige Erdöl- und Erdgaspipelines auch durch westliche Unternehmen gebaut wurden und beide Staaten als potentielle Lieferanten dieser Rohstoffe benötigt werden. Insofern sind sowohl die USA und zahlreiche europäische Staaten an einer Beilegung des Konfliktes interessiert.

d. Ukraine

In der Ukraine herrscht zwar kein kriegerischer Konflikt, dafür allerdings ein nicht minder heftig ausgefochtener politischer Kampf um die politische Ausrichtung des Landes. Hierbei kann das Land grob in zwei Lager geteilt werden: der westliche und südliche Teil des Landes unter der Führung von Julia Tymushenko und Viktor Yushenko strebt eine politische Vereinigung mit Europa im Rahmen der EU und NATO an, der östliche Teil unter Viktor Yanukovych setzt auf eine enge Anbindung an Russland. Für Russland selbst ist die Ukraine von enormer Wichtigkeit. Einerseits ist sie ein Hauptstransitland für russische Erdöl- und Erdgaspipelines nach Europa, was auch immer wieder zu Spannungen zwischen den Ländern führt. Andererseits liegt in Sevastopol auf der Krim die russische Schwarzmeerflotte vor Anker. Es ist davon auszugehen, dass Russland einer Westausrichtung der Ukraine nicht tatenlos zusehen wird.

Interesse an Energiesicherheit

a. Europa und Russland

Europa ist in seiner Energieversorgung zu einem großen Teil von Importen vor allem aus dem Mittleren Osten und Russland abhängig. Nach Schätzungen der Europäischen Kommission wird sich diese Abhängigkeit in Zukunft mit steigendem Bedarf und verringerter Eigenproduktion noch verschärfen. Was Erdöl und Erdgas betrifft, ist Russland der größte Importeur für Europa. Obwohl Russland oft vorgeworfen wird, seine Importe als politische Waffe gegen die Staaten der EU einzusetzen, ist es doch eher so, dass Russland schon während der Zeit des Kalten Krieges und bis heute ein verlässlicher Lieferant war. Der Lieferengpass im Winter 2008/2009 resultierte weniger aus einer gezielten Aktion gegen die EU als mehr aus einem Streit zwischen dem Transitland der Ukraine und Russland. Viele Experten sind aber unabhängig davon, ob Russland seine dominante Lieferantenstellung politisch ausnützt oder nicht der Meinung, dass Russlands up-stream (Förderanlagen für Erdöl und Erdgas) und down-stream (Pipelines) Infrastruktur bereits so veraltet ist, dass sie die zu erwartende steigende Nachfrage in Europa in Zukunft nicht mehr genügend decken wird können. Eine Liberalisierung des russischen Energiemarktes, die frische Investitionen durch ausländische Investoren bringen würde, ist aufgrund der Monopolstellung staatlich gelenkter Energiekonzerne in naher Zukunft nicht absehbar.

b. Nabucco

Darum bemüht sich die EU zu Recht um Alternativen zum russischen Erdgas und Erdöl und meint diese durch Ausnützung der Kapazitäten im Kaspischen Meerraum gefunden zu haben. Durch den Bau neuer Pipeline-Systeme soll der Transport der kostbaren Rohstoffe vom Kaspischen Meer bis

nach Europa möglich gemacht werden. Dadurch kommt dem SMR als Transitregion in Zukunft eine wichtige strategische Bedeutung zu. Das Hauptprojekt in diesem Raum ist derzeit die „Nabucco“-Pipeline, die Erdgas vom Kaspischen Meer über die Türkei und den Balkan bis nach Baumgarten in Österreich und von dort nach ganz Europa bringen soll.

Es stellen sich dem Bau dieser Pipeline jedoch ernste Probleme in den Weg: Einerseits ist die Frage noch ungeklärt von wem die benötigte Liefermenge von Erdgas überhaupt kommen soll. Aserbaidschan hätte die nötigen Kapazitäten und wäre auch zur Zusammenarbeit bereit, ist aber durch bestehende Lieferverträge und steigendem Eigenbedarf bereits so ausgelastet, dass es zweifelhaft ist, ob das Land auch noch das „Nabucco“-Projekt mit genügend Erdgas versorgen kann. Dasselbe gilt für Turkmenistan, wobei hier noch das Problem dazu kommt, dass derzeit noch keine Verbindung zwischen Turkmenistan und dem Ausgangspunkt der Nabucco-Pipeline besteht. Iran hätte genügend Reserven, steht aber unter internationalen Sanktionen. Im Irak ist die Lage zu instabil und Ägypten hat aufgrund bestehender Verträge wohl auch nicht genügend Kapazitäten frei.

In Anbetracht dieser Situation fällt es natürlich auch schwer genügend Investoren für das Projekt zu finden. Ein Drittel des Projekts wird durch das „Nabucco“-Konsortium gedeckt, für die übrigen zwei Drittel müssen noch Investoren gefunden werden. Dabei hofft das Konsortium auch auf die Unterstützung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) oder der Europäischen Investment Bank (EIB).

Auch gibt es ein russisches Konkurrenzprojekt, genannt „South-Stream“, das eine ähnliche Route wie „Nabucco“ verfolgt und – was viel entscheidender ist – vom selben Raum, nämlich dem Kaspischen Meer, sein Erdgas beziehen soll. Im Gegensatz zu „Nabucco“ hat dieses Projekt schon genügend Zusagen von Lieferanten.

Auch besteht die Gefahr, dass die Transitkosten für die Pipeline so hoch werden, dass das Projekt wirtschaftlich unrentabel wird. Der Managing Direktor des „Nabucco“-Konsortiums Reinhard Mitschek ist also um seinen Job nicht zu beneiden. Es werden noch deutliche Anstrengungen seitens des Konsortiums und auch der EU gemacht werden müssen um das Projekt zu einem erfolgreichen Abschluss bringen zu können. Ein Vergleich mit bereits erfolgreichen Pipeline-Projekten, wie der BTC-Pipeline, und das Ziehen der richtigen Lehren daraus mag dabei durchaus hilfreich sein.

Eine EU-Energiestrategie sollte sich aber nicht bloß auf ein Projekt beschränken. Insofern ist es ratsam eine langfristige Drei-Punkte Strategie zu verfolgen, die darauf abzielt den (i) Energieverbrauch in Europa langfristig zu verringern, (ii) trotz etwaiger Differenzen, ein gutes Verhältnis zu Russland zu haben und (iii) die gemeinsame Energiepolitik aller europäischen Staaten zu verbessern in dem man bereits bestehende Initiativen wie ENP, die Baku Initiative oder INOGATE besser nutzt.

Interesse an der Eindämmung organisierter Kriminalität aus dem Raum

a. Sicherheitspolitische Situation im SMR

Der SMR, zu Zeiten des Kalten Krieges eine wichtige Front, verkam nach dessen Ende zu Russlands Hinterhof an dem niemand noch großes Interesse zeigte. Ethnische und Konflikte brachen in vielen Nachfolgestaaten der Sowjetunion und des Ost-Blocks aus und führten zu einer Schwächung der Staatsmacht und Armut in dieser Region. In diesem günstigen Klima konnte sich ein gut organisiertes Netz von kriminellen und terroristischen Organisationen entwickeln, das bis heute besteht. Mit Erweiterung der EU nach Osten und generell zunehmendem wirtschaftlichen wie politischen Engagement des Westens in der Region wird diese Situation mehr und mehr untragbar. Auf verschiedene Gefahren, wie das Geschäft mit illegaler Migration, Organ-, Drogen- und Waffenhandel sowie Terrorismus, zusammengefasst unter dem Begriff „New Security Threats“ (NST), wird in dieser Arbeit näher eingegangen.

b. Illegale Migration

Neben der klassischen illegalen Migration, mit der so genannte „Schlepperbanden“ den illegalen Transport über Grenzen hinweg gegen ein unverhältnismäßiges Entgelt organisieren sind vor allem der Menschenhandel mit Frauen und Kindern zum Zwecke der Prostitution zu nennen. Die Länder des SMR sind hier zumeist sowohl Ursprungs- als auch Transitländer. Besonders hervor treten in diesem Zusammenhang die Ukraine und die Türkei. Vor allem in der Türkei, die viele Flüchtlinge der Kriege vergangener Jahrzehnte (beide Golfkriege, Kaukasus, Balkan) beherbergt, floriert das Geschäft mit der illegalen Migration besonders stark.

c. Organhandel

Unter Organhandel wir vor allem der Handel mit von Lebenden entnommenen Organen, vorzugsweise der Niere und Leber, bezeichnet. Hintergrund dieses Problems ist der, seit den 70er Jahren, stetig ansteigende Bedarf an Organen für Transplantationen in Europa. Als betroffene Länder im SMR sind nach Angaben des Europarats Bulgarien, Georgien, Moldau, Rumänien, Russland, die Türkei und Ukraine zu nennen. Generell gibt es aber noch keine genauen wissenschaftlichen Studien zu diesem Thema, was es der EU auch schwer macht ein wirklich effektives Programm gegen dieses Phänomen zu entwerfen. Bisher blieb es schlicht bei Empfehlungen für die betroffenen Staaten.

d. Terrorismus

Zu den regional tätigen, terroristischen Organisationen im SMR sind vor allem türkisch-kurdische und islamistische sowie russisch-tschetschenische Organisationen zu zählen. Die Trennung zwischen Widerstandsgruppen und terroristischen Organisation fällt naturgemäß, schwer, da es meist im Auge

des Betrachters liegt, wer Terrorist ist und wer Widerstandskämpfer. Fakt ist, dass im SMR vor allem die Türkei und Russland mit solchen Gruppierungen zu kämpfen haben. Ständige Kämpfe im Kaukasus und der Ost-Türkei geben davon zu Genüge Zeugnis. Die regionale Zusammenarbeit zwischen den Staaten der Region im Bezug auf Terrorismusbekämpfung ist bisher beschränkt. Erste Kooperationen fanden vor allem nach den Anschlägen des 11. Septembers statt, wie beispielsweise die Organisation GUUAM. Die meisten Kooperationen sind bilateraler Natur. Nachgewiesene Verbindungen lokaler Gruppen zum internationalen Terrorismus bestehen vor allem zwischen russisch-tschetschenischen Gruppen und dem Ausland.

e. Drogenhandel

Drogenhandel in der Region findet vor allem aus zwei Gründen statt: Einerseits ist der SMR ein Transitraum für Drogen aus Zentralasien, die am europäischen Markt verkauft werden. Andererseits ist der Drogenhandel eine einfache Form um schnell an viel Geld zu kommen, weswegen er auch äußerst attraktiv für Widerstands- bzw. Terrorgruppen in dem Raum ist, die sich vornehmlich daraus finanzieren.

Um der Problematik des illegalen Drogenhandels entgegen zu wirken wurde beispielsweise das „South Caucasus Anti-Drug Programm (SCAD)“ entworfen. Dieses wird von der EU im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik finanziert, die Umsetzung obliegt dem „United Nations Development Programme“ (UNDP). Das Programm richtet sich an die Länder Georgien, Armenien und Aserbaidschan. Es wird diesen von der EU für einen gewissen Zeitraum ein Budget zur Verfügung gestellt. Ziel des Programms ist die Stärkung von Drogenkontrollkapazitäten in der Region mit dem gemeinsamen Ziel, Drogenmissbrauch präventiv zu verhindern und Drogenabhängigen professionelle Hilfe anzubieten. Im Fall von Georgien unterstützt die EU auch beim Aufbau eines Rechtssystems zur besseren Drogenbekämpfung, wie z.B. dem Entwurf von Anti-Drogen-Gesetzen.

f. Illegaler Waffenhandel

Die Waffenproduktion und der Handel damit spielen im SMR noch immer eine große Rolle. Vor allem Russland, Ukraine, Rumänien und Bulgarien waren schon zu Sowjetzeiten prominente Waffenhersteller. Durch die weitgehend verbreitete Korruption und schwache Staatlichkeit ist es leicht möglich größere Waffenbestände am Schwarzmarkt zu vertreiben und auf diese Weise schnell an Geld zu kommen. Sowohl Einzelpersonen als auch ganze Staaten betreiben illegalen Waffenhandel in der Region. Zwei Problembereiche wurden von der EU für den SMR definiert: der hohe Anteil von Handfeuerwaffen in der Bevölkerung und dessen unkontrollierter Handel sowie der illegale Handel mit Massenvernichtungswaffen oder Material, das dafür genutzt werden kann. Die einzelnen Staaten der Region werden im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) dabei unterstützt Sammelaktionen für Waffen in der Bevölkerung durchzuführen oder die Vernichtung bzw. geeignete Verwahrung durch Zur-Verfügung-Stellen moderner Infrastruktur sicherzustellen. Bisher ist dies aber

nur in geringem Maße, etwa in der Ukraine oder Georgien, geschehen.

Einleitung

Von Hanns Matiassek

Betrachtet man den SMR aus der Perspektive der Europäischen Union, so stellt sich die Gesamtlage wie folgt dar: Einerseits hat der Raum eine Schlüsselbedeutung für die Entwicklung der Europäischen Union, andererseits trifft man gerade in dieser Region auf eine sicherheitspolitisch äußerst komplexe Situation. Diese beiden Umstände sollen im Folgenden näher ausgeführt werden.

Der SMR als Schlüsselregion für die EU ergibt sich schwerpunktmäßig, aufgrund seiner Lage als Knotenpunkt zwischen Europa und Asien, vor allem zum Kaukasus und der Kaspischen Meerregion. Das Ziel der EU ist es, in der Region umfassende und andauernde Sicherheit, Stabilität und Entwicklung herzustellen. Folgende Beweggründe können ferner angenommen werden: Erstens gerät die Region – insbesondere nach der Erweiterung der EU um Bulgarien und Rumänien – in unmittelbare Nachbarschaft zur Europäischen Union, weshalb Sicherheit und Stabilität für die EU von unmittelbarem Interesse sind. Konkrete Herausforderungen bei der Herstellung von Sicherheit und politischer Stabilität stellen vor allem regionale Konflikte dar, aber auch organisierte (transnationale) Kriminalität, illegale Migration und andere Bedrohungen aus dem Bereich „soft security“.

Untrennbar mit Sicherheit und Stabilität verbunden ist zweitens die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Staaten, vor allem in den Bereichen "gute Regierungsführung" (insbesondere Korruptionsbekämpfung), Demokratisierung und wirtschaftliche Reformen. Drittens wird dem SMR für die zukünftige Energieversorgung Europas ein hoher Stellenwert als Transitraum für Erdgas und –öl aus der Kaspischen Meerregion und Zentralasien beigemessen. Viertens stellen die Staaten der Region auch potentielle EU-Mitgliedsstaaten dar und erlangen somit für die Fortentwicklung der EU selbst Bedeutung.

Der konzeptionelle Hintergrund für das sicherheitspolitische Interesse der EU ist in der europäischen Sicherheitsstrategie von 2003 dargelegt, in der als strategisches Ziel die „Stärkung der Sicherheit in unserer Nachbarschaft“ genannt ist. Dazu soll südlich und östlich der EU ein „Ring verantwortungsvoll

regierter Staaten“ geschaffen werden (1). Auch der Implementierungsbericht zur Europäischen Sicherheitsstrategie von Dezember 2008 befasst sich mit den zahlreichen Herausforderungen, die den Raum direkt betreffen, vor allem mit der Energiesicherheit der EU sowie den eingefrorenen (Transnistrien) und offenen Konflikten (Georgien, Kaukasus) in der Region (2). Durch den Inhalt des Implementierungsberichtes, der großteils deskriptiv und bezüglich konkreter Prioritäten und Maßnahmen wenig präzise ist, wird jedoch auch deutlich, dass die europäische Politik (auch) in dieser Region bis dato nur den kleinsten gemeinsamen Nenner zwischen den Mitgliedsstaaten darstellt (3).

Was sind nun aber die regionsspezifischen Ursachen dafür, dass die EU trotz identifizierter grundsätzlicher Interessen und Basisziele sowie bestimmter Maßnahmen und Programme (siehe dazu weiter unten) bisher wenig bis keinen Einfluss auf die reale Situation, vor allem auf die Lösung der zahlreichen Regionalkonflikte, hat?

Die Gründe dafür liegen einerseits bei der EU selbst, andererseits in der Beschaffenheit der Region und ihrer Akteure. Auf Seiten der EU muss festgestellt werden, dass verschiedene Sets an Interessen vorhanden sind, die sich nur in Grundzügen decken. So sind die unterschiedlichen Mitgliedsstaaten – nicht zuletzt auch aufgrund ihrer Lage - intensiver oder weniger intensiv in der Region engagiert. Zudem variieren die Interessen und es bestehen Differenzen im Hinblick auf Maßnahmen und Prioritäten. Besonders deutlich lässt sich dies an den Positionsunterschieden zwischen Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und Italien einerseits und den mittel- und osteuropäischen Staaten (besonders Polen, Tschechische Republik, baltische Staaten) sowie Großbritannien andererseits ausmachen. Kern der Auseinandersetzung und Uneinigkeit bildet die Politik der EU gegenüber Russland, wie später näher ausgeführt wird. Zudem lässt sich ein grundsätzliches außen- und sicherheitspolitisches Problem der EU auch in dieser Region beobachten. Es handelt sich um das Missverhältnis zwischen wirtschaftlicher Macht einerseits und politischer und militärischer Macht andererseits.

Auf der Seite der Faktoren, die die Region selbst betreffen, muss die auffallende Komplexität der Situation betont werden. Dies betrifft die Anzahl der verschiedenen Akteure und ihre oftmals unterschiedlichen Interessen, ihre Beziehungen zueinander und die vorhandenen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Demnach können als Akteure in der Region neben den EU-Staaten folgende Länder identifiziert werden: ENP-Partnerländer: Ukraine, Moldawien, Armenien, Aserbaidschan und Georgien; Beitrittskandidaten: Türkei; sowie Russland. Beide letztgenannten Staaten sehen ihre Rolle als Regionalmächte, wobei Russland das größere Gewicht zugemessen werden muss.

Betrachtet man die zahlreichen Herausforderungen, insbesondere die Regionalkonflikte, so stellt sich heraus, dass diese nicht isoliert betrachtet und gelöst werden können und dass Russland in jedem einzelnen Konflikt eine direkte oder indirekte Schlüsselrolle zukommt. Das seit der Machtübernahme Putins gelebte „neue Selbstbewusstsein“ Russlands stellt dabei die zentrale Problematik für die europäischen Interessen dar, da Russland seine dominante Stellung im „nahen Ausland“, vor allem im

Kaukasus und in der Ukraine behalten und nach Möglichkeit ausbauen will. Eine potentielle Erweiterung der EU nach Osten und eine mögliche folgende Erweiterung der NATO werden im Kreml daher als Bedrohung russischer Interessen angesehen.

Die russische Politik versucht deshalb einerseits die Lösung der Regionalkonflikte zu verhindern, beziehungsweise die Konflikte weiter „einzufrieren“ (z.B. Transnistrien) und andererseits durch aktive Intervention (Georgien, Ukraine) den Führungsanspruch in der Region zu untermauern und eine engere Bindung dieser Staaten an die EU und/oder die NATO und die USA zu verhindern. Das russische Kalkül umfasst dabei natürlich auch die gespaltene Haltung von EU und NATO und die daraus folgende Handlungsunfähigkeit dieser Akteure. Für die NATO wirkt die Frage nach der möglichen Mitgliedschaft beziehungsweise der Teilnahme Georgiens und der Ukraine am Aktionsplan zur Mitgliedschaft (MAP) ebenfalls spaltend (4).

Unabhängig davon ob man der Meinung ist, dass Russland seine wirtschaftliche Machtstellung als Europas wichtigster Erdöl- und Erdgasimporteur als „politische Waffe“ nutzt oder nicht, ist es zumindest unstrittig, dass durch anhaltende Transitgebührestreitigkeiten zwischen Russland und der Ukraine – wie zuletzt im Winter 2008/2009 – die Energiesicherheit Europas stark gefährdet ist. Zudem ist es nicht sicher, dass Russland seine veraltete Produktionsinfrastruktur rechtzeitig erneuern kann um dem steigenden Energiebedarf Europas auch in Zukunft zu decken. Vorallem das Fehlen eines wahrhaft offenen russischen Energiemarktes, der dringend benötigte ausländische Investitionen möglich machen würde, lässt daran Zweifel aufkommen. Dies allein rechtfertigt es bereits eine stärkere Diversifizierung in der Energieversorgung Europas anzustreben. Das unten noch näher zu erläuternde „Nabucco“-Pipeline Projekt ist ein erster Schritt in diese Richtung.

Ungeachtet der verschiedenen politischen, aber auch der ökonomischen Wertvorstellungen und den oben genannten Interessenunterschieden ist eine strategische Partnerschaft mit Russland in bestimmten Bereichen von beiderseitigem Interesse. So ist neben der Kooperation im Energiesektor, die allerdings nicht zu einer Abhängigkeit Europas führen sollte, die Zusammenarbeit im Bereich globaler Probleme wie der Abrüstung und Rüstungskontrolle anzustreben.

An dieser Stelle muss auch die Rolle der USA als externer Akteur angesprochen werden, da die Vereinigten Staaten einerseits durch ihre Weltmachtrolle, andererseits auch durch ihre NATO-Mitgliedschaft starke Interessen in der Region verfolgen, die von Russland – zumindest der Rhetorik nach – teilweise als Bedrohung aufgefasst werden. So wird ein NATO-Beitritt der Ukraine und Georgiens sowie ein Beitritt der Türkei zur EU von den USA unterstützt. Diese Interessen wirken sich, wie oben angesprochen, auf die europäischen Staaten spaltend aus. Aus Sicht der EU bleibt abzuwarten, wie sich die diesbezügliche Politik des neuen US-Präsidenten Obama entwickelt und wie die russische Reaktion auf amerikanische Vorstöße aussieht.

Interesse an einer politisch stabilen und friedlichen Region

von Tolga Kuterdem und Matthäus Trauttmansdorff

Einleitung

Für jede europäische Initiative ist es zunächst wichtig die Gegebenheiten vor Ort zu kennen. Die SMR ist von zahlreichen politischen Konflikten geprägt, die zumeist in der Zeit nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zwischen oder innerhalb ihrer Nachfolgestaaten ausbrach. Dazu gehören offene militärische Auseinandersetzungen wie der Georgien-Konflikt, der Krieg um die Region Berg Karabach zwischen Armenien und Aserbaidschan oder aber auch unterschwellige Konflikte wie in Transnistrien oder der Ukraine. Im Folgenden soll auf diese Konflikte näher eingegangen werden.

Georgien

Innerhalb des Staatsterritoriums (strittig) von Georgien schwelen, bereits seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1991, blutige Konflikte zwischen dem Staat und einigen ethnischen Minderheiten, insbesondere mit jenen der Osseten (3% der Bevölkerung) und Abkhasen (1,8% der Bevölkerung). Gemeinsam ist diesen Auseinandersetzungen, dass beide Minoritäten die Unterstützung Russlands genießen. Russland wird immer wieder vorgeworfen durch eine gezielte Unterstützung der separatistischen Tendenzen dieser Bevölkerungsgruppen das Regime in Tiflis (Hauptstadt Georgiens) destabilisieren zu wollen. Ziel sei es somit letztlich eine weitere Anbindung Georgiens an den Westen zu verhindern. Somit sind die Konflikte in Süd-Ossetien und Abkhasien durchaus als Stellvertreterkriege zwischen Russland und Georgien zu sehen. Diesen politischen Konnex sollte ein Beobachter dieser Konflikte stets vor Augen haben

a. Süd-Ossetien

Der Volksstamm der Osseten umfasst ein Gebiet, welches sowohl innerhalb des russischen als auch des georgischen Staatsterritoriums liegt. Der in Georgien liegende Teil wird Süd-Ossetien genannt, jener in Russland Nord-Ossetien. Schon in den 1920er Jahren gab es erste separatistische Tendenzen innerhalb der Bevölkerung die jedoch von den großen geschichtlichen Ereignissen überholt wurde als die Rote Armee in dem von ihr eroberten Georgien eine Sowjetrepublik ausrief, welche das Gebiet des heutigen Süd-Ossetien mitumfasste (5). Kurz vor Zerfall der Sowjetunion versuchten die Süd-Osseten in Moskau erfolglos Unterstützung für die Vereinigung mit Nord-Ossetien zu bekommen. Als die Unabhängigkeit Georgiens von der Sowjetunion sich 1990 schon abzuzeichnen begann, und auf den Separatismus der Osseten mit Repression seitens der Georgier geantwortet wurde, kam es zum offenen Krieg bei dem bis zu 4.000 Menschen getötet und zehntausende vertrieben wurden.

Dieser endete als es im Juni 1992 zu einem von Russland vermittelten Waffenstillstand zwischen den Streitparteien kam. Man einigte sich darauf, dass eine gemeinsame Friedenstruppe aufzustellen, die sich aus Russen, Georgiern und Süd-Osseten zusammensetzte. Gleichzeitig wurde mit der sogenannten Joint Control Commission (JCC) ein Forum geschaffen, in dem Vertreter Russlands, Georgiens, Nord- und Süd-Ossetiens unter Vermittlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zusammentraten mit dem Ziel einen dauerhaften Frieden auszuhandeln (6).

Ende des Jahres 2003 kam Mikheil Saakashvili im Zuge der sogenannten „Rosenrevolution“ in Georgien an die Macht. Er versprach neben demokratischen Reformen und einer verstärkten Anbindung an den Westen die Stärkung der Autorität der Staatsmacht in allen Regionen des Landes (5). Die Folgen dieser offenen Kampfansage gegen jede Form des Separatismus war eine zunehmende Verschärfung des Konfliktes. Zur Bekämpfung von Schmugglernetzwerken in der Region (ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor für Süd-Ossetien) wurden die Präsenz von Polizei, Geheimdienst und Militär erhöht, Grenzkontrollen verstärkt. Russland antwortete seinerseits mit einer Verstärkung seiner Truppenpräsenz.

Im Juli 2005 verkündete Präsident Saakashvili einen Friedensplan, der ein Drei-Punkte-Programm vorsah: Demilitarisierung der Region, wirtschaftlicher Aufbau und letztlich ein politisches Abkommen. Der „Präsident“ von Süd-Ossetien Eduard Kokoiti – in Wahrheit bloß der Vertreter der ossetischen Volksgruppe in Georgien – wies den Vorschlag mit dem Hinweis zurück, dass die Osseten sich als Teil Russlands betrachteten. In einem Referendum im November 2006 bestätigten 99% Wahlberechtigten ihren Wunsch nach Unabhängigkeit (5). Auch wurde im selben Referendum „Präsident“ Kokoiti in seinem Amt bestätigt. Die allgemeine Gültigkeit der Wahl wurde von georgischer Seite angezweifelt. So wählten schließlich die in Süd-Ossetien lebenden Georgier ihren Gegenkandidaten als „Gouverneur“ von Süd-Ossetien.

Auch eine weitere Friedensinitiative des georgischen Präsidenten im Mai 2007 scheiterte daran, dass Saakashvili Süd-Ossetien nur als Teil Georgiens akzeptieren wollte. Russland lehnte alle Vorschläge bei einer Konferenz in Tiflis im Oktober desselben Jahres ab. Von da ab verschlechterte sich die Situation zusehends. Russland hielt im Grenzraum zu Georgien Anfang Juli 2008 eine großangelegte Militärübung ab – die offensichtlich als Warnung für Tiflis gedacht war. Auch georgische Truppen hielten zeitgleich zusammen mit rund 1.000 U.S. amerikanischen Soldaten eine NATO Übung durch. Die Situation war zu diesem Zeitpunkt bereits so angespannt, dass es nur eines Funken bedurfte um es zur offenen Eskalation von Gewalt kommen zu lassen. Wer oder was genau die Kampfhandlungen des Sommers 2008 auslöste war lange Zeit unklar. Es stand Aussage gegen Aussage. Im September 2009 erschien ein Papier der EU Kommission welches die Schuldfrage in dem Konflikt klären sollte. Man wirft darin der georgischen Seite vor die tatsächlichen Kampfhandlungen begonnen zu haben, Allerdings hätte Russland auch durch Provokationen zum Ausbruch des Krieges beigetragen. Jedenfalls kam es zu einem offenen fünftägigen Schlagabtausch zwischen russischen und

georgischen Truppen in dessen Folge die russische Armee Abchasien und Süd-Ossetien besetzte und tief in georgisches Territorium eindrang. Am 14. August 2008 kam es durch französische Vermittlung zu einem Waffenstillstand. Seitdem sind Süd-Ossetien sowie Abchasien von russischen Truppen besetzt. Beide Regionen erklärten sich von Georgien unabhängig und wurden sogleich von Russland als solche am 26. August 2008 offiziell anerkannt. Neben Russland haben bis heute bloß Nicaragua und Venezuela die Regionen als unabhängige Staaten anerkannt.

b. Abchasien

Am 23. Juli 1992 erklärte das abchasische Parlament – der Oberste Sowjet – die Unabhängigkeit Abchasiens von Georgien, dem die Region bisher als autonome Republik angehört hatte (8). Dabei stellten zu diesem Zeitpunkt die Georgier mit rund 44 % der Bevölkerung die größte ethnische Gruppe Abchasiens, die naturgemäß dem georgischen Staat zugeneigt waren. Die muslimische Minderheit der Apsua-Abchasen – welche für die Unabhängigkeit Abchasiens eintraten – waren neben ethnischen Russen und Armeniern nur eine weitere Minderheit in der Region (7). Trotzdem wurden die georgischen Truppen nach knapp über einem Jahr blutiger Kämpfe aus Abchasien vertrieben. Den entscheidenden Faktor spielte wieder Russland, die die Apsua-Abchasen mit modernstem russischen Militärgerät versorgten und auch direkt in die Kampfhandlungen gegen die georgischen Truppen eingriffen. Schließlich ermöglichte Moskau auch den Zustrom von muslimischen Freischärlern aus dem Nordkaukasus, die ihren muslimischen Brüdern zur Hilfe kommen wollten. Einer ihrer Anführer war auch Shamil Bassayev, der seinen damaligen russischen Gönnern später als Rebellenführer in beiden Tschetschenien-Kriegen sowie als Verantwortlicher zahlreicher Terroranschläge und Geiselnahmen noch einiges Kopfzerbrechen bereiten sollte.

Mit Abzug der georgischen Truppen setzte ein Exodus der georgischen Bevölkerung ein. Von einstmalig rund 240.000 ethnischen Georgiern im Jahr 1992 waren 1997 noch rund 40.000 übrig (7). Traurige Berühmtheit erlangte ein von nordkaukasischen Freischärlern verübtes Massaker in der Stadt Sukhumi, dem rund 7.000 Personen – darunter Alte, Frauen und Kinder – zum Opfer fielen. Nach Ende des Krieges war Abchasien in einem Zustand der faktischen Unabhängigkeit, die nicht zuletzt auch durch die Anwesenheit russischer Truppen gewährleistet wurde.

Im bereits erwähnten Sommerkrieg von 2008 kam es auch an der abchasisch-georgischen Grenze zu Kampfhandlungen. Im Zuge dieser Auseinandersetzung wurde das russische Truppenkontingent in der Region nochmals verstärkt. Am 26. August anerkannte Russlands Präsident die Unabhängigkeit der Region Abchasien von Georgien.

Transnistrien

Transnistrien ist ein dünner Landesstreifen, der sich zwischen Moldawien und der Ukraine befindet. Geographisch wird Transnistrien durch den Fluss Nistru vom Rest Moldawiens getrennt. Die knapp

600.000 Einwohner sind zu 38% rumänischsprachige Moldawier, zu 26% Ukrainer und zu 28% Russen.

Als sich im Jahr 1991 die heutige Republik Moldawien per Referendum entschloss, sich von der Sowjetunion unabhängig zu erklären, führte dies zu Spannungen in der ganzen Region. Das Volk in Transnistrien, mehrheitlich russischstämmig, sprach sich für einen Verbleib bei der Sowjetunion aus. Im Falle einer Abspaltung Moldawiens von der Sowjetunion drohte es damit, sich wiederum selbst von Moldawien unabhängig zu erklären. Das Ergebnis dieser Auseinandersetzung war ein Kurzkrieg, in dessen Zuge moldawische Truppen in Transnistrien im Jahr 1992 einmarschierten. Erst nach einer Militärintervention russischer Truppen konnte der Krieg beendet werden. Bis heute konnte keine Lösung für diesen Konflikt gefunden werden.

Fünf Hauptakteure sind im Jahr 2009 am Friedensfindungsprozess in Transnistrien beteiligt: den Mediatoren Russland, der Ukraine und der OSZE stehen Moldawien und die Region Transnistrien als Konfliktparteien gegenüber. Ziel ist es, eine für alle Parteien möglichst zufriedenstellende Lösung zu finden. Außerdem wurde die Joint Control Commission (JCC) eingerichtet. Die JCC, gebildet aus Russland, Moldawien und Transnistrien, hat zur Aufgabe, die demilitarisierte Zone zwischen Moldawien und der abtrünnigen Region zu überwachen. Vor allem auch die friedenserhaltende Mission Russlands soll durch sie kontrolliert und koordiniert werden. Die OSZE und die Ukraine haben dabei einen Beobachterstatus inne (9).

Besonders erschwert wird die Lösung des Konfliktes durch die Tatsache, dass gewisse Interessensgruppen von der derzeit instabilen Lage profitieren. Vor allem kriminelle Organisationen nützen die schwach ausgeprägte Grenzsicherung aus und betreiben einen florierenden Waffen- und Drogenschmuggel. Auch sind die politischen Eliten Transnistriens sehr daran interessiert, weiterhin nahezu kostenlos Gaslieferungen aus Russland zu erhalten (9).

Politisch kann nicht von einer funktionierenden Demokratie in Transnistrien gesprochen werden. Igor Smirnov, Präsident von Transnistrien und gleichzeitig russischer Staatsbürger, führt sein Land im autoritären Stil. Weder gibt es eine ernstzunehmende Opposition, noch unabhängige Medien oder eine funktionierende Zivilgesellschaft (9). Jegliche Versuche die abtrünnige Region zu demokratisieren wurden bisher erfolgreich unterdrückt.

Sicherheitspolitisch wird Transnistriens Existenz durch die von Russland stationierten Truppen garantiert. Die moldawische Verfassung allerdings schreibt vor, dass Moldawien ein unabhängiger und neutraler Staat ist und dass daher auch keine ausländischen Truppen auf seinem Territorium stationiert sein dürfen. Da völkerrechtlich Transnistrien ein Teil Moldawiens ist, widerspricht die friedenserhaltende Mission eigentlich der Verfassung. Die Moldawier sehen in dieser Mission ohnehin nur eine illegale Grenzschutzmission innerhalb ihres Staatsterritoriums, was immer wieder zu politischen Spannungen mit Russland führt (9).

Die politische Führung in Transnistrien rechtfertigt ihr Streben nach staatlicher Unabhängigkeit mit der Existenz einer angeblich bestehenden transnistrischen Identität. Man kann aber nicht von einer ethnischen und religiösen Zusammengehörigkeit der Bevölkerung oder einem wirklichen Staatsvolk sprechen. Als Hauptgrund für die Trennungsbestrebungen erweist sich bei genauerer Betrachtung die bessere wirtschaftliche Lage der Bevölkerung in Transnistrien im Vergleich zu Moldawien. Man glaubt, durch eine solche Trennung der Volkswirtschaften wirtschaftlich besser dazustehen. Wirft man aber einen Blick auf volkswirtschaftliche Indikatoren, ist es offensichtlich, dass die wirtschaftliche Lage beider Länder sehr schlecht ist und das eine Wiedervereinigung sogar möglicherweise wirtschaftliche Vorteile für beide Seiten bringen würde (9).

Die Rolle Russlands als Beschützer wird in Transnistrien als sehr wichtig empfunden. Daher sind auch die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen besonders stark ausgeprägt. Russland wiederum hat ein geopolitisches Interesse an der Stationierung seiner Truppen in Transnistrien. Das „Kozak Memorandum“ ist dafür ein starkes Indiz. In dieser Denkschrift entwickelte Russlands Sonderbeauftragte Dimitri Kozak einen unilateralen Plan, der den Weg für eine Stationierung russischer Truppen bis 2020 in Moldawien ermöglichen sollte und de facto die militärische Dominanz Transnistriens über ganz Moldawien bedeutet hätte. Russland unterstützt außerdem separatistische Kräfte, vor allem die Kommunistische Partei Moldawiens, was durchaus als völkerrechtswidrig bezeichnet werden kann (9).

Die Interessen der EU in Moldawien und einer Lösung des Konflikts dürften hauptsächlich im sicherheitspolitischen Bereich liegen. Mit der zunehmenden Erweiterung der EU rückt auch der Konflikt in Transnistrien näher und erfordert Maßnahmen für dessen Eindämmung. Vor allem der zunehmende Einfluss Russlands und die steigende anti-europäische Haltung mancher moldawischer Politiker, dürfte in Brüssel Besorgnis erregen. Das Instrument der östlichen Partnerschaft, in die auch Moldawien aufgenommen wurde, könnte möglicherweise der Beginn einer Annäherung an die EU sein (9).

Berg Karabach

Die Region Berg Karabach ist eine geographisch innerhalb der heutigen Grenzen Ascherbaidshans gelegene Region, die mehrheitlich von ethnischen Armeniern bewohnt wird. Der Konflikt zwischen Ascherbaidshan und Armenien begann bereits vor dem Zerfall der Sowjetunion. Ascherbaidshan argumentierte, es habe das Recht seine territoriale Integrität zu verteidigen, während Armenien, beziehungsweise die ethnisch armenische Bevölkerung in Berg Karabach, auf sein Recht auf Selbstbestimmung verwies. 1988 verabschiedete schließlich die Region Berg Karabach eine Resolution, in der sie sich dafür aussprach, sich dem Staat Armenien anzuschließen. Dieser Sezessionsversuch war in der Folge der Grund für eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen Ascherbaidshan und Armenien, die eine Flüchtlingswelle größeren Ausmaßes zur Folge hatte (fast 700.000 ethnische Aseris und 235.000 ethnische Armenier mussten fliehen). Die einseitige Unabhängigkeitserklärung wurde zunächst weder von Ascherbaidshan noch von Armenien

anerkannt. Nach einigen Jahren der politischen Drohgebärden brach Anfang der 1990er Jahre schlussendlich ein Krieg zwischen beiden Ländern aus. Armenien, von Russland unterstützt, konnte dabei weit in das Territorium Aserbaidschans vordringen und den sogenannten Lachin Corridor, benannt nach der gleichnamigen Stadt, errichten. 1993 hatte Armenien über 20% des Territoriums Aserbaidschans, inklusive Berg Karabach, besetzt und deportierte hunderttausende ethnische Aserbaidschaner aus der Region. Erst 1994 brachte eine von Russland durchgesetzte Waffenruhe einen Waffenstillstand, der noch bis heute anhält. Insgesamt verloren mehr als 25.000 Menschen ihr Leben (10).

Die innenpolitische Situation beider Länder war in den 1990er Jahren stark von dem Konflikt geprägt: In Aserbaidschan wurde Bakus kommunistischer Präsident gezwungen zurückzutreten und durch einen nationalistischeren Populisten ersetzt, der vor allem die Beziehungen zur Türkei vorantrieb und die ehemaligen Verbindungen zu Russland aufkündigte. Nach einigen Jahren des wirtschaftlichen und militärischen Verfalls Aserbaidschans, wurde nach einem Militärputsch, Heydar Aliyev als Präsident und der putschende General zum Premierminister. Aserbaidschan machte jedoch in den folgenden Jahren einen großen sozialen und wirtschaftlichen Wandel durch. Vor allem die Einnahmen aus den Energieressourcen waren der anfangs schwachen wirtschaftlichen Lage eine große Stütze (10). Ilham Aliyev ist heute Präsident Aserbaidschans. Ernstzunehmende oppositionelle Gegner hat er jedoch nicht. Die letzte Präsidentenwahl wurde von der OSZE kritisiert, da sie nicht den demokratischen Standards entsprach (11).

In Armenien kam in Mitte der 1990er Jahre ein ehemaliger Kommunist, Robert Kocharian, an die Macht, der die Rückgabe der Region Berg Karabach an Aserbaidschan trotz internationalen Drucks verweigerte. Dies wurde nicht zuletzt auch durch die USA und EU möglich gemacht, die dem starken Einfluss der armenischen Lobby unterliegen (10).

Um eine Lösung für diesen Konflikt zu finden wurde die sogenannte Minsk Group, eine von der OSZE eingesetzte und von den USA, Russland und Frankreich besetzte Gruppe ins Leben gerufen. Deren Aufgabe ist es, eine für alle Parteien akzeptable Lösung zu finden. Dies erwies sich in den letzten Jahren aber schwieriger als zuerst angenommen, da keine der Parteien bereit war, von ihrer Position abzuweichen. Aserbaidschan verlangte beispielsweise von Armenien, die okkupierten Gebiete aufzugeben, Armenien wollte jedoch zuerst die Statusfrage der Region Berg Karabach klären (12).

Ein weiteres Problem stellen die geopolitischen, beziehungsweise innenpolitischen, Vorstellungen der internationalen Akteure dar. Russland hat kein besonders großes Interesse an der Lösung des Konflikts, weil ein gewisses Maß an Instabilität seinen Einfluss in der Region aufrecht erhält. Aserbaidschan sieht daher Russland nicht als neutralen Verhandlungspartner in diesem Konflikt. Dem russischen Verteidigungsministerium wurde beispielsweise wiederholt vorgeworfen, Waffen nach Armenien geschmuggelt zu haben. Frankreich und die USA stehen aus oben genannten Gründen tendenziell eher an der Seite Armeniens. Die beiden Staaten hatten beispielsweise gegen eine UN Resolution gestimmt, die Armenien zum Rückzug seiner Truppen aus der Region Karabach

gezwungen hätte. Dies könnte sich aber geändert haben, da auf Grund der gesteigerten energiepolitischen Relevanz Aserbaidschans, Washington großes Interesse an einer Vertiefung der Beziehungen zu Baku zeigt. Die Türkei spielt als regionale Macht ebenfalls eine Rolle in diesem Konflikt, zumal die Grenzen zu Armenien seit dem Berg-Karabach-Krieg geschlossen sind. Jerewan sieht daher die Türkei eindeutig auf der Seite der Aseris. Im Zuge eines EM-Qualifikationsspiels zwischen der Türkei und Armenien im Jahr 2008 sind jedoch die Beziehungen etwas aufgelockert worden, was wiederum in Baku für Unstimmigkeiten gesorgt hatte. In Bezug auf den Berg-Karabach-Konflikt versicherte die Türkei allerdings Ascherbaidshan ihre Loyalität (10). Aufgrund der energiepolitischen Relevanz Aserbaidschans dürfte die relative Verhandlungsmacht Armeniens zunehmend schwächer werden. Der in Aserbaidshan spürbare wirtschaftliche Aufschwung kann die Fähigkeit des Landes erhöhen, international Druck aufzubauen.

Der Konflikt stellt jedoch teilweise Schwierigkeiten für großangelegte Infrastrukturprojekte dar. Die BTC (Baku-Tiflis-Ceyhan) Pipeline wurde bereits gebaut und in Betrieb genommen, wobei Armenien umgangen wurde. Auch wirtschaftliche Projekte und ausländische Direktinvestitionen bleiben aufgrund des Konflikts aus (12). Das könnten Gründe dafür sein, möglicherweise rascher eine Lösung für den Konflikt herbeiführen zu wollen. Auch der moralische und psychologische Effekt der Auseinandersetzungen auf die ja schon von Haus aus empfindliche Volksseele der jeweiligen Länder darf nicht unterschätzt werden. Dies lässt verstehen, wieso Diskurse über die konfliktträchtigen Thematiken emotional sehr aufgeladen sind und sich der Stil der politischen Auseinandersetzungen immer stärker emotionalisiert (12).

Die EU hat bis heute keine aktive Rolle im Berg Karabach - Konflikt eingenommen. Doch wären Bemühungen seitens der EU, die politische und wirtschaftliche Stabilität im Südkaukasus zu stärken, ein sehr sinnvolles Vorhaben, zumal Europas Energiesicherheit von dieser Region abhängt. Die Erdöl befördernde BTC Pipeline wurde jedenfalls bereits gebaut und auch das Nabucco Projekt befindet sich im Planungsstadium. Möglicherweise kommt dadurch auch in politischer Hinsicht mehr Bewegung in die Region (11).

Ukraine

In der Ukraine leben heute ca. 45 Millionen Menschen von denen 77% Ukrainer und 17% Russen sind. Nach Erlangung der Unabhängigkeit von der Sowjetunion im Jahr 1991 hat das Land mit ähnlichen politischen und wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen gehabt wie fast jeder andere Transformationsstaat Osteuropas. In der Sowjetunion war die Ukraine nach Russland das mit Abstand produktivste Land. Vor allem der fruchtbare Boden und der Eisenerzabbau boten stets profitable Einnahmequellen. Die wirtschaftlichen Folgen der Unabhängigkeit bereiten dem Land noch heute große Probleme. Vor allem der teure Ankauf von Gas aus Russland stellt zunehmend ein Problem für den schwächelnden ukrainischen Finanzhaushalt dar.

Während der sogenannten Orangen Revolution im Jahr 2004 erfasste jedoch plötzlich eine regelrechte Euphorie des politischen und wirtschaftlichen Wandels die Ukraine. Die Orange Revolution sollte ein Zeichen dafür sein, dass sich die Ukraine zunehmend dem Westen und damit der EU annähern würde und ihre kommunistische Vergangenheit hinter sich lassen will. Im Zuge dieser politischen Revolution schaffte es im Jahr 2004 der als Reformler geltende Viktor Yushenko die Präsidentenwahl gegen Viktor Yanukovych zu gewinnen. Yanukovych, mit seiner Machtbasis vor allem im, Russland zugeneigten, Osten des Landes in dem sich die Schwerindustrie konzentriert, gilt bis heute als ein Verfechter der Ausrichtung des Landes nach Osten.

Auch im Zuge der Parlamentswahlen im darauffolgenden Jahr fand sich eine Mehrheit für die reformorientierten Parteien, erste Premierministerin der „neuen Ukraine“ wurde Yulia Tymushenko. Nur wenige Monate später jedoch erlosch die Euphorie und die neu gebildete Koalition brach auseinander. Innenpolitische Diskurse und parteipolitisches Kalkül hatten die Parteien entzweit. Erneut wurden Neuwahlen ausgerufen und zwei Jahre später zerbrach auch diese Regierung; diesmal allerdings unter Premierminister Viktor Yanukovych. Eine weitere Neuwahl später bildeten die Parteien „Unsere Ukraine“ und YTuB eine Neuauflage der Koalition aus dem Jahr 2005. Wieder wurde Yulia Tymushenko Premierministerin.

Auch diese Regierung stand bereits kurz vor der Auflösung. Die Wirtschaftskrise, von der die Ukraine sehr stark getroffen wurde, sowie die gemeinsame Abneigung gegen Russland hielten die Regierungspartner letztendlich doch zusammen. Man einigte sich darauf, vorerst ein einigermaßen stabiles politisches Umfeld aufzubauen, um das Land nicht noch mehr zu belasten. Ende 2009 oder Anfang 2010 werden die nächsten Präsidentenwahlen stattfinden, die möglicherweise für die nächste innenpolitische Explosion sorgen werden (13).

Die Gründe für die innenpolitischen Probleme sind sicherlich in den sehr populistischen und parteipolitisch kalkulierten Diskursen der Politiker zu suchen. Zentrale Themen sind dabei der mögliche NATO-Beitritt und die Erweiterung der Rechte der russischsprachigen Minderheit. Gerade diese Themen stehen eng mit der kommunistischen Vergangenheit in Zusammenhang und erweisen sich daher als besonders emotional aufgeladen. Die russischstämmige Bevölkerung in der Ukraine und die russischen geopolitischen Interessen beeinflussen ebenfalls die ukrainische Innenpolitik. Wirft man einen Blick auf die prozentuelle Anzahl der russischstämmigen Bevölkerung in den einzelnen Provinzen des Landes, so wird deutlich, dass vor allem der östliche und südliche Teil mehrheitlich von russischstämmigen Menschen bewohnt wird. Auffallend ist, dass bei der letzten Parlamentswahl 2007 in eben diesen südlichen und östlichen Regionen der Ukraine vor allem Yanukovychs Partei der Regionen und in den westlichen und nördlichen Regionen, wo weniger russischstämmige Menschen siedeln, mehrheitlich die die westlich orientierte YTuB oder „Unsere Ukraine“ gewählt wurden. Dies deutet zweifelsohne daraufhin, dass gerade die russischstämmige Bevölkerung ein Näheverhältnis zu Russland befürwortet und den Pro-EU-Kurs Kiews nicht gutheißt (13).

Geopolitisch spielt die Ukraine für Russland eine sehr wichtige Rolle. Neben der Funktion eines Transitlandes für Erdgas- und Erdölpipelines ist auch die auf der Halbinsel Krim in Sevastopol stationierte Russische Schwarzmeerflotte von großer strategischer Bedeutung. Daher lässt sich auch vermuten, dass Moskau einen russlandfreundlichen Staatschef, wie es Viktor Yanukovych ist, gerne in der Ukraine an der Macht sehen würde und in den östlichen und südlichen Regionen die Partei der Regionen unterstützt. 2017 läuft der Vertrag für die Stationierung russischer Truppen in Sevastopol ab und sowohl Viktor Yushenko als auch Yulia Tymushenko dürften einer Verlängerung des Vertrages nicht zustimmen. Ebenso wenig begeistert dürfte Russland über die Tatsache sein, dass die Ukraine eine NATO Mitgliedschaft anstrebt, auch wenn diese vorerst noch nicht in greifbarer Nähe zu sein scheint. Die Ukraine als NATO-Mitglied würde die geopolitische Rolle Russlands am Schwarzen Meer möglicherweise massiv beeinträchtigen.

Unter der Bevölkerung scheint dieses Thema interessanterweise nicht auf große Zustimmung zu treffen. Denn laut Umfragen befürworten nur ein Viertel der Ukrainer die Mitgliedschaft bei der NATO und 63% sprechen sich sogar klar dagegen aus (13). Neben dem Militärstützpunkt auf der Halbinsel Krim muss erwähnt werden, dass fast 91% der Bewohner Krims russischstämmig sind und viele Bewohner neben der ukrainischen auch die russische Staatsbürgerschaft besitzen. Nicht nur deswegen befürwortet eine überwiegende Mehrheit der Krim-Bewohner die Verlängerung des Vertrages über die Stationierung der russischen Seeflotte in Sevastopol, nicht zuletzt, weil dieser Stützpunkt fast 20.000 Arbeitsplätze geschaffen hat, welche bei einer Auflösung mit einem Schlag wegfallen würden (13).

Auch die Rolle der Ukraine als Transitland für Gas- und Öllieferungen Russlands an die europäischen Käufer bestimmt die innenpolitische Situation. Nach zahlreichen Gasstreits (Winter 2006/2007 und 2008/2009) mit Russland konnte man sich letztlich auf einen 10-Jahresvertrag einigen: Im Jahr 2009 wird die Ukraine 80% des Preises der europäischen Käufer für russisches Gas bezahlen; ab 2010 wird sie denselben Preis wie die europäischen Staaten an Russland bezahlen müssen.

Die nächsten Jahre werden zeigen, welche Kräfte sich in der Ukraine durchsetzen und ob die Idee der Orangen Revolution überdauern wird können. Ende dieses Jahres wird jedenfalls ein neuer Präsident gewählt. Ob Viktor Yushenko in seinem Amt bestätigt wird, ist keineswegs klar.

Interesse an Energiesicherheit

von Matthias Cernusca und Matthäus Trauttmansdorff

Einleitung

Erdgas und Erdöl, spielen für den hochindustrialisierte europäischen Wirtschafts- und Lebensraum eine entscheidende Rolle, sei es als Energieträger oder als wichtiger Rohstoff zur Herstellung von zahlreichen Produkten. In der EU werden 38% der Energie durch Erdöl, 27% durch Erdgas und 18% durch Kohle erzeugt (14). Angesichts der enormen Wichtigkeit dieser Rohstoffe, ist es besorgniserregend, dass nur ein geringer Teil davon im EU-Raum selbst produziert wird: nur 0,5 % der weltweiten Erdölreserven und 1,6 % der weltweiten Erdgasreserven befinden sich auf dem Territorium der 27 EU-Staaten. Mit diesen knappen Reserven kann nur ein geringer Teil des jährlichen Energiebedarfs durch Eigenproduktion gedeckt werden. Der Rest muss importiert werden. 2007 importierte die EU rund 688 Millionen Tonnen Erdöl. Fast die Hälfte (332 Millionen Tonnen) kam dabei aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Ein Sechstel stammte aus dem Nahen Osten. Im Bereich des Erdgases ist die EU ebenfalls stark von Importen abhängig. Während 35% des europäischen Gasverbrauchs selbst produziert wird muss der restliche Bedarf vor allem durch Importe aus Russland (30%) gedeckt werden – Tendenz steigend: nach Schätzungen der Europäischen Kommission wird der Anteil der Gasimporte bis 2030 bereits bei rund 85% liegen (15).

Geographisch liegen die für die EU relevanten Exportländer allesamt in der sogenannten „strategischen Ellipse“: Diese umfasst die ressourcenreichen Gebiete Sibiriens, der Kaspischen See, Zentralasiens und des Nahen Ostens. Angesichts der Tatsache, dass die EU bereits heute in hohem Maße von Importen aus Russland abhängig ist und die politische Situation im Nahen Osten einer nachhaltigen energiepolitischen Entwicklungsstrategie im Wege steht, muss sich der Fokus der EU, will sie die Diversifikation der Importländer auch in Zukunft sicherstellen, auf den zentralasiatischen Raum legen.

Dessen Erreichbarkeit und Anschluss an das europäische Energienetz lässt sich unter Ausschluss der Inanspruchnahme russischen Territoriums nur über den SMR bewerkstelligen, dem insofern eine eminente Rolle für die zukünftige Energiediversifikation Europas zukommen wird. Im Folgenden soll das derzeit laufende Hauptprojekt zur Erreichung einer solchen Diversifikation – die „Nabucco“-Pipeline – dargestellt werden. Dies geschieht im Rahmen eines Vergleichs mit einem bereits

abgeschlossenen erfolgreichen Pipeline-Projekts, welches sich mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert sah wie das „Nabucco“-Projekt heute. Im Anschluss wird noch auf die Rolle Russlands und die der europäischen Energiepolitik in diesem Zusammenhang eingegangen. Dabei wird sich auch durchaus kritisch mit dem derzeit herrschenden Bild der Europäer von ihrem russischen Energielieferanten auseinandergesetzt.

BTC-Pipeline als Modell für zukünftige Pipeline-Projekte

Im Folgenden beschäftigt sich die Arbeit mit zwei konkreten Pipeline-Projekten, die zu einer Diversifizierung der Energieversorgung im Bereich der Energieträger Erdöl und Erdgas führen bzw. erst führen sollen: die Baku-Tblisi-Ceyhan-Pipeline (BTC), welche bereits fertig gestellt wurde, sowie das Nabucco-Pipeline Projekt, welches noch in Planung ist. Es soll zunächst das BTC-Projekt dargestellt werden und anschließend die Lehren daraus auf das Nabucco-Projekt übertragen werden. Abschließend werden dann die Erfolgsaussichten und Herausforderungen für Nabucco beurteilt.

Die BTC-Pipeline wurde 2006 in Betrieb genommen und befördert seither rund 1 Million Barrels Öl pro Tag von Offshore-Feldern vor Aserbaidschan (16) bis zum türkischen Tiefwasserhafen Ceyhan im Mittelmeer. Das Projekt wird allgemein als Erfolgsgeschichte betrachtet und zeigt, dass ein Pipeline-Projekt unter Umgehung Russlands auch von Erfolg gekrönt sein kann. Den Grund sieht der ehemalige CEO des BTC-Konsortiums Michael Townshend in sechs Voraussetzungen, die sich als Schlüsselemente zum Erfolg herausstellten:

- a. Das Projekt verfügte mit BP über einen *Energiegiganten* als Konzern, welcher die notwendige Erfahrung und Ressourcen mitbrachte
- b. Es konnte ein *regionaler Konsens* zwischen den Transitländern hergestellt werden
- c. Das Projekt verfügte über *breite internationale Unterstützung*
- d. Das Projekt hatte die Unterstützung der Vereinigten Staaten, die bei etwaigen Konflikten je nach bedarf als *Mediator oder „Druckmacher“* einschreiten konnten
- e. Das Projekt wurde in *Phasen gegliedert*
- f. Die *politische Situation* im Raum war günstig

- a. Energiegigant British Petrol (BP)

BP kontrollierte 34% der Aserbaidschan International Operating Company (AIOC), das Unternehmen, welches die Förderungsrechte an den wichtigen Offshore-Ölfeldern Azeri Charig und Ganashili hielt (17). Zusammen mit dem Staatskonzern SOCAR verfügte BP über einen Mehrheits-Anteil an den Ölfeldern und war daher nicht nur in der Lage, die Führungsrolle im BTC-Konsortium zu übernehmen, sondern auch einen Großteil der durch die Pipeline zu transportierenden Erdölmengen zu stellen. Diese Führungsrolle BPs kam dem Projekt auch bei Verhandlungen zugute, da man mit einer Stimme sprach. Die Erfahrung von BP im Bereich corporate social responsibility (CSR) und dessen

Anwendung im Projekt halfen auch bei der Finanzierung des Projektes. So bekam man leicht Kredite bei Banken, wie der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, und anderen „export credit agencies“ (ECA), die darauf bei Projekten besonderen Wert legen.

b. Regionaler Konsens

Die Transitländer Aserbaidschan, Georgien und Türkei waren in den 1990er Jahren als das Projekt geplant wurde in einer Phase der Annäherung an den Westen und nutzten die Energielieferungen, um diese Beziehungen auszubauen (17). Zu diesem Zweck boten sie BP eine Reihe von Anreizen (zB eine staatliche Garantie für überschießende Kosten), um dem Konsortium die geplante Route durch ihre Länder schmackhaft zu machen.

c. Breite Internationale Unterstützung

Die Mitglieder des Konsortiums wurden so ausgesucht, dass Energiekonzerne aus einflussreichen Ländern wie den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Japan vertreten waren. Auch von ECAs aus Deutschland, Italien und Frankreich bekam man Kredite. So konnte sichergestellt werden, dass diese Staaten ihr Gewicht für das Projekt in die Waagschale werfen würden.

d. Die USA als Mediator und „Druckmacher“

Eine Pipeline durch mehrere Länder zu bauen, bringt immer komplizierte rechtliche aber auch politische Probleme mit sich. Die USA hielten sich ständige Vertreter der Regierung in der Region, die Sorge dafür trugen, dass etwaige Stockungen bei solchen Verhandlungen nicht zu lange währten (17). Je nach Bedarf verwendeten sie dann Zuckerbrot oder Peitsche. Auch gaben sie Unterstützung in Form von eigenfinanzierten Machbarkeitsstudien, Beratungen in Sicherheitsfragen und technische Unterstützung für die jeweiligen Transitländer.

e. Gliederung in Phasen

Das BTC-Projekt wurde in mehrere Phasen gegliedert. Dabei wurden zunächst kürzere Pipeline-Routen gebaut, um anschließend zu sehen, ob sich ein Ausbau und damit größere Investitionen überhaupt lohnt. So wurde beispielsweise zunächst nur eine Pipeline zwischen Baku und Supsa sowie Baku und Noworossijsk (beides Schwarzmeerhäfen in Georgien bzw. Russland) gebaut. Nach den hier gesammelten Erfahrungen, wurde dann erst der Bau der längeren Verbindung nach Ceyhan in Angriff genommen. So gab es zu allen Zeiten, einen Überblick über die Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit des Projektes.

f. Günstige politische Situation

In der Zeit als die Pipeline geplant und organisiert wurde - den 1990er Jahren – durchlebte Russland eine Schwächephase und konnte so nicht verhindern, dass die neuen Staaten, welche aus der ehemaligen Sowjetunion hervorgegangen waren sich an den Westen annäherten und so das BTC-Projekt unterstützten. Zudem waren die USA zu der Zeit noch sehr auf Zentralasien fokussiert und konnten sich so stärker in dem Raum engagieren als heute.

Die Lehren aus BTC für Nabucco?

Das seit 2002 bestehende Nabucco-Projekt sieht den Bau einer 3,300 km langen Erdgas-Pipeline vor, welche neben wirtschaftlichen, vor allem politische Ziele verfolgt: die Versorgung Europas mit Erdgas aus der Kaspischen Meerregion unter Umgehung Russlands. Damit soll die Energieversorgung im Erdgasbereich weiter diversifiziert und die Abhängigkeit von Russland diesbezüglich abgeschwächt werden. Die Pipeline soll von der türkisch-georgischen bzw. der türkisch-iranischen Grenze über die Türkei, Bulgarien, Rumänien und Ungarn, bis hin nach Baumgarten in Österreich reichen. An dem Projekt sind insgesamt sechs europäische Energiekonzerne beteiligt: die österreichische OMV, die ungarische MOL, die rumänische Transgas, die bulgarische Bulgargaz, die türkische Botaz sowie die deutsche RWE. In einer ersten Phase, beginnend mit 2011 bis 2014, soll die 2,000 km lange Strecke von Ankara nach Baumgarten gebaut werden. Inzwischen sollen bereits bestehende Pipeline-Netzwerke zwischen der türkischen Nordost-Grenze und Ankara genutzt werden (18). Somit soll die Pipeline ab 2014 bereits 8 mkm/a (Milliarden Kubikmeter/Jahr) Erdgas liefern können. In einer zweiten Phase soll dann bis 2015 die Pipeline mit der georgischen bzw. iranischen Grenze verbunden werden. Schließlich soll in weiterer Folge durch den Bau von Pumpstationen an Schlüsselpunkten der Strecke das Liefervolumen stetig auf 31 mkm/a angehoben werden.

Natürlich ist das BTC-Projekt an Größe und Komplexität nicht mit der Mammutaufgabe Nabucco zu vergleichen. Trotzdem ist es interessant zu wissen, welche Lehren man aus BTC für Nabucco schließen kann bzw. inwiefern diese bei der Projektplanung berücksichtigt wurden.

Es fehlt dem Projekt eindeutig ein mit BP vergleichbarer Konzern, der aufgrund seiner Größe und Einflusses, das Projekt gegen alle Widerstände von außen und innen vorantreiben kann. Beim Nabucco Projekt ist jeder der Partner Eigentümer des gleichen Anteils, sodass Entscheidungen innerhalb des Konsortiums im allgemeinen Konsens getroffen werden müssen (19). Dieses Problem des *fehlenden „commercial champions“* zeigt sich vorallem auch dadurch, dass das Projekt Schwierigkeiten damit hat, überhaupt genug Gas für die erste Phase der Pipeline zu finden. BP verfügte damals bereits über große Anteile an mehreren Offshore-Ölfeldern vor Aserbaidschan und hatte somit diese Probleme nur im geringeren Ausmaß. An *regionalem Konsens* fehlt es sowohl bei

den Liefer- als auch bei den Transitländern. Österreich, Ungarn und Bulgarien liebäugeln gleichzeitig mit Nabuccos Konkurrenzprojekt „South Stream“ um sich alle Optionen offen zu halten. Bulgarien hat im Juli 2008 einen Vertrag über den Bau der South Stream Pipeline im eigenen Land geschlossen. Auch die Türkei scheint sich nicht mit der Rolle eines bloßen Transitlandes zu begnügen und macht immer wieder Schwierigkeiten bezüglich der Transit-Tarife für die Pipeline. Der Bau der Pipeline wird außerdem ähnlich wie BTC – wie oben angesprochen – in *mehrere Phasen* aufgeteilt. Anfangs soll erst eine kleinere Menge Erdgas transportiert werden, um zu sehen ob es sich rentiert. Allerdings wollen die Nabucco-Partner nach eigenen Angaben erst mit dem Bau der Phase I beginnen, wenn bindende Zusagen der Produzenten im Ausmaß der Phase II haben (31 mkm/a), womit der ganze Vorteil der Phasenaufteilung verloren geht. Auch ist das *politische Umfeld* im SMR nicht mehr so günstig wie es noch Anfang der 90er Jahre war. Russland hat sich von seiner Schwächephase erholt und steht nun als politisch sowie wirtschaftlich gefestigter Staat bereit, seine Interessen im Raum zu verteidigen. Russlands Gasexporte nach Europa decken 25-28% des Gesamtbedarfs. Damit ist Russland führender Gasimporteur. Es ist sein vitales Interesse sich diese Marktposition nicht durch Nabucco gefährden zu lassen. Das einzige wirkliche Erfolgselement auf der Seite des Nabucco-Projektes ist die *große politische Unterstützung* - vor allem seitens der EU – für das Projekt. So sicherte die EU dem Projekt 2003 die Übernahme von 50% der Kosten für die Planungsphase (zB Finanzierung von Machbarkeitsstudien, Marktanalysen, technische, wirtschaftliche und finanzielle Studien) zu (17). Allerdings fehlt es der EU an einem mit den USA vergleichbaren politischen Gewicht, um sich gegenüber Russland im SMR nachhaltig durchzusetzen oder Verhandlungen mit Transit- bzw. Lieferländern voranzutreiben.

Herausforderungen für die Nabucco Pipeline

Neben den oben genannten, gibt es noch zahlreiche andere Probleme die auf das Nabucco-Konsortium zukommen: die weiter andauernde Suche nach einem Gaslieferanten für die Pipeline, Nabuccos Konkurrenzprojekte sowie die Frage der Finanzierung des Projektes.

a. Auf der Suche nach Gaslieferanten

Die Suche nach einem geeigneten Gaslieferanten für die Pipeline gestaltet sich schwierig. Aus diesem Grund hat das Konsortium bereits die ursprünglich geplante Lieferkapazität von 18 mkm/a für Phase I auf 8 mkm/a heruntergeschraubt (17). Ein Scheitern beim Zustandebringen der notwendigen Liefermenge an Gas würde das Projekt unrentabel machen und hätte entscheidend negative Auswirkungen auf die Finanzierung (siehe d.). So macht man sich Fieberhaft auf die Suche nach möglichen Lieferländern. Dabei kommen vor allem Aserbaidschan, Turkmenistan, Iran, Irak und Ägypten in Frage.

Aserbaidshon. Das Land verfügt über genügend Erdgasreserven (1.2 Trillionen Kubikmeter), (19) allerdings steht nicht fest, ob es diese auch tatsächlich an die Nabucco-Pipeline abführen kann. Bis 2012 soll das Land rund 19 mkm/a Erdgas produzieren können. Allerdings betragen seine Gas-Export-Verpflichtungen 2012 rund 24 mkm/a. Darunter fallen auch die vertraglich an Nabucco versprochenen 8 mkm/a (20). Dazu kommt noch der steigende eigene Energiebedarf des Landes (8,3 mkm/a im Jahr 2007). Selbst wenn man annimmt, dass dieser nicht weiter ansteigt, müsste Aserbaidshon 13 mkm/a mehr Erdgas produzieren als es jetzt tut. Um dieses Niveau zu erreichen wären allerdings erhebliche Investitionen im Erdgas-Feld Shah Deniz notwendig, was abzuwarten bleibt. Zudem scheint – glaubt man E. Wallace Hays vom Washingtoner Center for European Policy Analysis (CEPA) –Aserbaidshon im Moment garnicht gewillt seine immensen Gasvorkommen zu Geld zu machen, da es bereits allein aus dem Ölgeschäft Einnahmen von mehr als dem zehnfachen seines Bruttoinlandsproduktes von 2004 erhält. Um strukturelle wirtschaftliche Probleme wie Inflation zu verhindern wird Aserbaidshon möglicherweise sein Geld zunächst eher in die weitere Erschließung von Erdgasvorkommen investieren als in die Produktion der bereits erschlossenen Reserven.

Turkmenistan. Letzten April verkündete die turkmenische Regierung 10 mkm/a Erdgas an Nabucco liefern zu wollen. Viele zweifeln jedoch daran, dass die Regierung in Ashgabat ihre Zusagen auch einhalten kann: 2007 produzierte das Land rund 45 mkm/a Erdgas, welches für den Export vorgesehen war (19). Laut rechtlich verbindlichen Verträgen geht der Großteil dieser Menge an Russland (80 mkm/a ab 2009), gefolgt von China (30 mkm/a ab 2009) sowie dem Iran (8 mkm/a), zusammengerechnet rund 130 mkm Erdgas jedes Jahr. Hält man die Prognosen des Vorsitzenden des Energiekonzerns Turkmenogas für realistisch, dass das Land ab 2010 120 mkm/a an Erdgas produzieren kann und unter der Annahme, dass sich der Heimverbrauch bei 22 mkm/a hält, bleiben trotzdem bloß 100 mkm/a für den Export (20). Kurz gesagt, müsste Turkmenistan zusätzlich 30 mkm/a produzieren um seine Zusagen einhalten zu können. Das Land kann also schon froh sein, wenn es seine rechtlich verbindlichen Verträge mit Russland, China und dem Iran einhalten kann. Bleibt wenig Spielraum für „gentlemen’s agreements“ mit der EU. Selbst wenn genug Gas für die EU bliebe, stellt sich die Frage, wie dieses über das Kaspische Meer zur Nabucco-Pipeline gelangen sollte. Laut der Kommissarin für Außwärtige Angelegenheiten Benita Ferrero-Waldner gibt es drei Möglichkeiten: (1) den Bau einer 60 km langen Verbindung über das Kaspische Meer welches die turkmenischen Erdgas produzierenden Offshore-Plattformen mit denselben vor der aserbaidshonischen Küste verbinden, welche dann in die South Caucasus Gas Pipelin (SCGP) mündete; (2) eine Überlandverbindung über Kasachstan und von dort wiederum über oder unter das Kaspischen Meer nach Aserbaidshon; oder (3) die die Verschiffung von flüssigem Erdgas mit Tankern. Alle Optionen welche eine Pipline-Verbindung vorsehen scheitern schon an der Tatsache, dass wohl nicht rechtzeitig eine solche gebaut werden kann (21). Zudem steht dem Bau auch ein komplizierter Streit der Anrainerländer um den rechtlichen Status des Kaspischen Meeres entgegen, bei dem es letztlich, um die Sicherung der Erdgas bzw. Erdölreserven vor den Küsten der jeweiligen Länder geht (22). Zudem steckt der Bau einer Landverbindung über Kasachstan noch in den Kinderschuhen. Auch der Transport von

Flüssiggas sieht entsprechende Einrichtungen in den Häfen (sog. Liquid-Natural-Gas-Terminals, LNG-Terminals) vor, dessen Bau zumindest in den nächsten zwei Jahren nur schwer vorzustellen ist (21).

Iran. Das Land bietet sich nicht nur aufgrund seiner geographischen Nähe zur Nabucco-Pipeline als Lieferland an, es verfügt auch, nach Russland, über die weltweit größten Erdgasreserven. Zudem haben die Iraner immer wieder ihr Interesse an Gaslieferungen an Europa bekundet. Auch Reinhard Mitschek, Managing Director der Nabucco Gas Pipeline International GmbH äußerte sich im Juli 2008 positiv zu den Offerten Teherans, erntete dafür aber prompt Kritik seitens der USA, er unterlaufe die nach wie vor bestehenden Wirtschaftssanktionen gegen den Iran (23). Grund dafür sind die zwielichtige Haltung Irans in Angelegenheiten seines Atomprogramms, sowie die Anschuldigung das Land unterstütze aktiv Terrorismus. Trotz aller Widerstände will Mitschek Gaslieferungen aus dem Iran für seine Pipeline nicht ausschließen.

Irak. Auch der Irak hat beachtliche Erdgasvorkommen. Allerdings hat das Land vor allem Schwierigkeiten mit seinen Produktionskapazitäten, sowie der noch immer angespannten Sicherheitslage. Daher bleibt das Umfeld für größere Bauprojekte extrem riskant. Auch fehlt es dem Land noch an einer Gesetzgebung über die Ausbeutung von Kohlenwasserstoffvorkommen im Land, welches eine Voraussetzung für jede Investition ausländischer Unternehmen im Energiesektor ist (17). Eine solche ist allerdings vor den landesweiten Wahlen im Dezember 2009 nicht zu erwarten.

Ägypten. Ägypten plant durchaus seine Gasexporte zu erhöhen und diese auch der Nabucco-Pipeline, durch die Pan-Arabisches Gas-Pipeline (über Jordanien, Syrien bis in die Türkei), zuzuführen, deren Vollendung für 2010 geplant ist (24). Allerdings ist nicht klar, inwieweit Ägypten sein Gas bereits anderen Pipelines versprochen hat. Auch geht ein großer Teil seines Gases nicht durch Pipelines, sondern wird als LNG verschifft.

b. Wirtschaftlichkeit des Projekts

Die Wirtschaftlichkeit des Nabucco-Projektes wird stark von der Frage abhängen, wie hoch die Tarife sein werden, die den Transitländern zu zahlen sind. Dabei entscheidet vor allem die Länge der Pipeline über die Höhe der Tarife. Bei der enormen Länge der Nabucco-Pipeline fällt es besonders ins Gewicht, ob das Konsortium die Pipeline die gesamte Route bis zur Quelle des Gases bauen muss oder ob man sich Zugang zu bereits bestehenden Netzwerken wie der South Caucasus Gas Pipeline (SCGP) verschaffen kann. In jedem Fall wären die Tarifkosten extrem hoch und würden das Projekt unwirtschaftlich machen, könnte man nicht einen besonders günstigen Tarif mit den Transitländern aushandeln. Genau darum ging es auch in dem unlängst beim Energiegipfel in Prag beigelegten Disput zwischen dem Nabucco-Konsortium und der Türkei. Auch forderte die Türkei 15 Prozent des transportierten Gases zum Diskontpreis für sich, was wohl das Projekt endgültig unrentabel gemacht hätte (25). Letztendlich konnte die Türkei jedoch zur Aufgabe ihrer Forderungen überredet werden.

c. Konkurrenz mit anderen Pipeline-Projekten

Während Nabucco auf allerlei Schwierigkeiten stößt, bleibt die Konkurrenz nicht untätig. Russlands Gasmonopolist, der Konzern Gazprom in Partnerschaft mit dem italienischen Riesen ENI verfolgt den Bau ihres eigenen Projektes im SMR – der South Stream Pipeline – welche von Russlands Schwarzmeerhafen Beregovaya über jenes Meer nach Bulgarien führt. Dort Teilt sich die Route in einen Nord-Zweig, der über Serbien, Ungarn und (möglicherweise) Slowenien nach Österreich gehen soll und einen Süd-Zweig über Griechenland nach Italien. Ursprünglich sollte die Pipeline eine Kapazität von 30 mkm Erdgas im Jahr haben (17). Im Mai 2009 verkündete Gazprom-Chef Alexej Miller man habe sich mit ENI in einem zweiten Protokoll zum Memorandum of Understanding auf die Anhebung der Durchsatzkapazität auf 63 mkm/a geeinigt. South Stream ist ein Hauptkonkurrent von Nabucco, da die Pipeline plant dasselbe Gas zu transportieren welches die Nabucco-Pipeline speisen soll. Der Vorteil von South Stream ist, dass das Projekt auf die volle Unterstützung sowohl von zwei großen Energiegiganten als auch der italienischen und russischen Regierung hoffen kann. Damit wird es auch leichter fallen sich die notwendigen Lieferanten in dem Raum zu sichern. Die Fertigstellung der Pipeline ist mit 2015 geplant und soll – laut Miller - rund 8,9 Mrd Euro Kosten (nicht mehr wie ursprünglich 10 Mrd) (26). South Stream würde Nabucco unrentabel machen und droht ihr vor allem das notwendige Gas abspenstig zu machen. Aber auch die von Washington gleichermaßen wie Nabucco unterstützte TGI-Pipeline (über die Türkei, Griechenland nach Italien) ist als Konkurrent anzusehen, da sie um dasselbe Gas wie Nabucco bemüht ist. Sie soll 2012 fertiggestellt sein und dann rund 11,5 mkm Erdgas pro Jahr liefern (27).

d. Finanzierung von Nabucco

Nach Angaben des Konsortiums selbst soll das Projekt rund 7,9 Mrd Euro kosten (18). Ein Drittel davon wird von den Partnern selbst getragen, die restlichen zwei Drittel sollen von anderen Investoren kommen. Dabei hofft das Konsortium auch auf die Unterstützung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) oder der Europäischen Investment Bank (EIB) (17). Investoren sind aber angesichts der noch ausstehenden verbindlichen Gaslieferungen für die Pipeline eher zurückhaltend. Außerdem sind sie, durch den Konflikt in Georgien im Sommer 2008 und die instabile Lage in der Türkei nach dem Verbotsverfahren für die regierende AKP-Partei, weiter verunsichert worden (28).

Das Nabucco Projekt - ein Ausblick

Erdgasimporte aus Russland in die EU variieren zwischen 28-30% aller Importe. Nach Schätzungen von Experten wird sich diese dominante Position Russlands in näherer Zukunft auch nicht dadurch ändern, dass Ergasvorkommen aus dem Kaspischen Meer, sowie dem Mittleren Osten für Europa erschlossen werden. Von einem Markt von geschätzten 800 mkm/a im Jahr 2020 werden sich nur

rund 4 % des Bedarfs durch diese Vorkommen decken lassen, im Vergleich zu Russlands 27% (17). Das Nabucco-Projekt hätte also auf die Energieversorgungssituation insgesamt nur wenig Einfluss. Allerdings können auch nur kleine zusätzliche Lieferungen am Markt manchmal den Unterschied, zwischen einem leicht übertroffenen Markt – der für die Europäer von Vorteil ist – und einem leicht unterversorgten Markt – der Russland zugute kommt, machen. Dies wirkt sich vor allem bei Preisverhandlungen aus. Insofern macht das Nabucco-Projekt insgesamt trotz aller Schwierigkeiten Sinn. Man sollte jedoch nie die anderen Optionen außer Betracht lassen: Sollte tatsächlich weder aus der Kaspischen Meerregion noch aus dem Mittleren Osten genügend Gas für die Pipeline zusammen kommen und somit das Projekt zu Fall bringen, könnte man überlegen ob man nicht bereits in einem fortgeschritteneren Stadium befindliche Pipeline-Projekte wie TGI (siehe oben) weiter ausbaut. Auch bestünde die Möglichkeit die Flüssiggas-Terminals in der Region auszubauen und das Gas mit dem Schiff zu transportieren. Dies hätte den Vorteil, dass man sich teure Pipeline-Projekte mit all ihren politischen und rechtlichen Schwierigkeiten sparen könnte. Allerdings muss beachtet werden, dass dann die ohnehin schon überlastete Meerenge am Bosphorus noch weiter belastet würde. Sollten all diese Optionen nicht in Frage kommen bliebe den Europäern nur noch die Nabucco-Pipeline zumindest teilweise mit russischem Gas über die Blue Stream Pipeline zu speisen, eine Option die selbst der General Manager des Nabucco Projektes, Reinhard Mitschek, nicht ausschließen will (23).

Die Rolle Russlands als unentbehrlicher Lieferant und unverlässlicher (?) Partner im Energiesektor

Die Energiesicherheit Europas ist zweifelsohne sehr eng mit der Fähigkeit und dem Willen Russlands, Energie in den Westen zu importieren, verknüpft. Auch in Zukunft, trotz verstärkter Bemühungen der EU, Russland als Energielieferant zu umgehen, wird Moskau einen unentbehrlichen Beitrag zur Energieversorgung Europas leisten. Der Erkenntnis der europäischen Politiker, dass ohne russische Energielieferungen Europas Energiekreislauf drastische Einbußen in Kauf nehmen müsste, ist die Aufnahme eines offiziellen Energiedialoges zwischen der Russischen Föderation und der EU im Jahre 2000 zu verdanken, auf den weiter unten noch detaillierter eingegangen wird.

Will man Russlands Position im weltweiten Energiemarkt verstehen, ist es bedeutsam, sich der dreifachen Ausrichtung seines Energiesektors bewusst zu werden: Russland fungiert nicht nur als einer der größten Energieexporteure weltweit. Denn zugleich liegt sowohl auch der eigene Energieverbrauch auf einem quantitativ sehr hohen Niveau und weiters stellt Russland große und viel in Anspruch genommene Energietransitrouten zur Verfügung (15).

Eine einseitige Betrachtung Russlands ausgehend von seiner Exporteursrolle wird somit den wahren Energie-Gegebenheiten dieses riesigen Staates nicht gerecht. Um die Energiemacht Russlands bestmöglich zu veranschaulichen, genügt ein Blick auf seine Ressourcen: Auf russischem Territorium befinden sich mit rund 30 % des weltweiten Vorkommens die größten Gasreserven. Zusätzlich verfügt das Land über die weltweit zweitgrößten Ölreserven und die achtgrößten Reserven bezüglich Kohle.

Mit diesem Übermaß an vorhandenen Energievorräten deckte Russland seit jeher nicht nur seinen eigenen Bedarf, sondern betätigte sich als einflussreicher Exporteur: Selbst zu Zeiten des Kalten Krieges flossen Gas und Öl in rauen Mengen aus dem roten Osten in den kapitalistischen Westen. Die Verlässlichkeit der Sowjetunion (es kam praktisch nie zu Lieferausfällen- oder Verzögerungen) resultierte, zumindest im Bereich der internationalen Energiewirtschaft, in großem Vertrauen selbst von Seiten von Ländern wie der eindeutig prowestlich orientierten Bundesrepublik Deutschland. Der Zusammenbruch des Ostblocks nagte nur sehr zaghafte an Russlands hoher Reputation in Sachen Energie: Bereits 1992 erließ die russische Regierung eine Nationale Energie-Richtlinie, die 1994 durch die Einsetzung einer Kommission intensiver weiterentwickelt wurde. Im Mai 1995 wurde schließlich durch präsidentielles Dekret die erste post-sowjetische Energiestrategie für die Russische Föderation erlassen. Sie richtete sich auf das primäre Ziel, infrastrukturelle Erneuerungsmaßnahmen im Bereich der Energieproduktion zu implementieren und wies einen Zeithorizont bis 2010 auf.

Wladimir Putin ließ im Laufe seiner Präsidentschaft diese erste Energiestrategie mehrmals überarbeiten. Die Bemühungen gipfelte im Jahre 2003 in der Erlassung einer „Neuen Energiestrategie“, welche zeitlich bis 2020 ausgerichtet wurde: Wie schon 1995 sollten durch die neue Strategie die Qualität der Infrastrukturanlagen verbessert und die Hochwertigkeit der geförderten Energieträger noch intensiver sichergestellt werden. Ferner sollte sich die Umsetzung in erhöhter Energieeffizienz, besseren Energiekoeffizienten bei der Förderung (je weniger Energie zur Förderung von Ressourcen verbraucht wird, umso besser!), stärkerer Energieträger – Diversifikation und gesteigerten umweltschützenden Maßnahmen niederschlagen.

Welche Charakteristika sind nun für die Darstellung des Energieverhältnisses zwischen der EU und Russland passend? Auf grundlegender Ebene muss zunächst vordergründig der weitverbreiteten Annahme, das Verhältnis dieser zwei Global Player sei in energiethematischer Hinsicht ein rein einseitiges, nämlich ein von dem Produzenten Russland dominiertes und vom Konsumenten EU nolens volens akzeptiertes Verhältnis, eine klare Absage erteilt werden.

Klarerweise ergibt sich vor allem aus den tagespolitisch motivierten und nicht tiefgründig recherchierten Medienberichten zu den wiederholt auftretenden Lieferproblemen bezüglich russischer Gasimporte ein Bild, dass die EU als von der russischen Gutmütigkeit und Gefälligkeit völlig abhängig darstellt. Russland könne, so der Grundtenor, jederzeit vollkommen willkürlich und aus heiterem Himmel die Energieversorgung Europas einstellen und somit die Wirtschaftskreisläufe der Union nachhaltig gefährden. Manche Stimmen sprechen im Kontext der Energiesicherheit gar von einem diplomatischen Druckmittel: Russlands Dominanz auf dem europäischen Energiesektor ermögliche den politischen Machthabern im Kreml eine unberechenbare, zur Durchsetzung von politischen Intentionen geeignete Interventionsbasis, gegen die sich das energiewschwache Europa nur sehr unzureichend zur Wehr setzen könne.

Diese sehr negativen und von großen Ängsten und Befürchtungen gezeichneten Darstellungen der Energiesituation EU-Russland als blanke Schwarz-Weiß-Malerei zu bezeichnen und sie als

unqualifiziert abzukanzeln, wird der Wirklichkeit der gegenwärtigen Verhältnisse nicht gerecht. Dennoch schadet es nicht, auch einmal einen kritischen Blick auf die gängigen, Russland-feindlichen Meinungen zu werfen und der Energie-Realität auf unsentimentale Art und Weise ins Auge zu sehen. Dabei lässt sich leicht erkennen, dass die von der EU so gefürchtete Abhängigkeit in einigen Bereichen auch auf Seite Russlands gegeben ist: Russland benötigt die Einnahmen aus den Energieimporten an die EU, um auf langfristige Sicht die Rentabilität und Wettbewerbsfähigkeit seines Energiesektors sicherzustellen: Laut der International Energy Agency wird Russland bis 2030 rund eine Trillion US-Dollar (=1000 Milliarden) investieren müssen, um der Gefahr etwaiger Förderengpässe zu entgehen. Ein totaler Lieferausfall in Richtung EU würde, aufgrund der vice versa eingestellten Zahlungen an Russland, dessen notwendige finanzielle Deckung ernstlich gefährden.

Das selbe gilt für Europas auf den ersten Blick erschreckende Abhängigkeit von Russland im Bereich der Gaslieferungen: Sollten die nach Europa importierten Fördermengen in den nächsten Jahren sinken, was aufgrund der europäischen Diversifikationspolitik nicht unwahrscheinlich erscheint, so würde Russland einem finanziellen Desaster aufgrund gesunkener Exporteinnahmen nur schwer aus dem Wege gehen können.

Eine willkürliche, etwa aus diplomatischen Beweggründen vorgenommene Einschränkung der Energielieferungen Russlands nach Europa erweist sich somit als für die russischen ökonomischen Interessen eher ungünstig, was dahingehende Befürchtungen eigentlich den Wind aus den Segeln nehmen sollte. Bei aller Skepsis darf nicht übersehen werden, dass Russland seit dem Zweiten Weltkrieg praktisch anstands- und komplikationslos die Versorgung Europas mit Energieträgern sichergestellt und sich auch in den „heißesten“ Phasen des Kalten Krieges in Sachen Lieferkontinuität keine Blöße gegeben hat. In höchsten westeuropäischen Regierungskreisen wie auch in der Bevölkerung genoss die Sowjetunion einen hohen Ruf als Energielieferant, über alle ideologischen und tagespolitischen Dispute hinweg und mit der Konsequenz, dass an eine Erweiterung der Energiebezugsländer und eine damit verbundene Schwächung der Energieverbindungen mit der Sowjetunion nicht im Entferntesten gedacht wurde.

Die nun in weiten Teilen des politischen Establishments wie auch der Bevölkerung vorherrschenden Ressentiments gegen Russland rühren definitiv nicht von einer akuten Verschlechterung der Beziehungen EU-Russland bzw. von einer revidierten Energiepolitik Moskaus Richtung EU her. Vielmehr bieten die sich in den letzten Jahren häufenden Energiekonflikte zwischen der Russischen Föderation und ihrem ehemaligen Parade-Satellitenstaat, der Ukraine, Anlass zur Besorgnis und haben das Image Russlands bezüglich Liefersicherheit, wohl ungerechtfertigt, aber doch nachvollziehbar, massiv verschlechtert.

Seit Zusammenbruch des Ostblocks und somit der Einheitlichkeit der russischen und ukrainischen Gaspolitik kam es zwischen den nunmehr getrennt agierenden Staaten immer wieder zu energiepolitisch motivierten Diskussionen und Spannungen. Denn mit keinem Land verband und verbindet Russland so viel wie mit seinem westlichen Nachbar: Die Ukraine fungiert sowohl als

bedeutender Konsument der russischen Energieprodukte, gleichzeitig stellt sie auch ein Schlüsselland für die russischen Energielieferungen Richtung Westen dar und kann ohne weiters als Russlands „Transitland Nummer Eins“ bezeichnet werden. Die somit gegenseitig zwangsläufig resultierenden Abhängigkeiten wirkten sich nachhaltig auf die marktwirtschaftliche Konzeption des Energiehandels zwischen diesen beiden Ländern aus: Die Ukraine verlangte für den Transit russischer Gaslieferungen einen Bruchteil des normalerweise von ihr eingenommenen Transitzolls und erhielt dafür im Gegenzug aus Russland Energie zu einem Preis, der ebenfalls nur einen Bruchteil des beispielsweise in der EU herrschenden Marktpreises ausmachte.

Der zwischenstaatliche Handel lief nicht direkt über die staatlichen Behörden bzw. die ihnen zugeordneten staatlichen Energiekonzerne Gazprom (auf russischer Seite) und Naftohaz (auf ukrainischer Seite), sondern über ein kompliziertes und ineinander verwobenes Netz von Unterhändlern, was die Transparenz der Energieflüsse nicht gerade förderte. Trotz der preislichen Bevorzugung der Ukraine akkumulierte diese bereits in den 90'er Jahren eine ansehnliche Summe an Schulden und scheute auch in regelmäßigen Abständen nicht davor zurück, vertragswidrig zum Transit bestimmte Gasmengen aus den Pipelines zu entnehmen und dadurch im Endeffekt Energiediebstahl zu begehen. 1999 schon reklamierte Gazprom, die Ukraine hätte beinahe 3 Milliarden \$ Schulden angehäuft und drohte unverhehlt mit einem Stopp der Lieferungen. Zwei Jahre später, 2001, wurden die beiderseitigen Ungereimtheiten in einem von höchster Stelle ausverhandelten zwischenstaatlichen Übereinkommen gütlich beigelegt.

Die relative Ruhe im Energiekonflikt in den ersten Jahren des neu angebrochenen Jahrhunderts verdeckte nur die Unausweichlichkeit neuer Auseinandersetzungen und verhinderte die so nötige und dringend nachzuholende Reformierung der beiderseitigen Energiepolitik. Speziell die Ukraine hatte sich jahrelang aufgrund der ihr zukommenden preislichen Vorteile nicht dazu durchgerungen, ihre internen Energieflüsse in Bezug auf Effizienz und Nachhaltigkeit auszurichten bzw. zu verbessern. Für die meisten Experten galt somit der 2005 wieder neu an die Oberfläche tretende Energiedisput als völlig unvermeidlich: Gazprom, einer Aufrechterhaltung der ukrainischen Preisprivilegien nicht mehr zugetan, forderte die Erhöhung des Preises für 1000 Kubikmeter Gas auf 160 \$. Die Ukraine verlangte als Kompensation eine Erhöhung der ihr zustehenden Transitgebühren.

Welche auch immer die Gründe gewesen sein mögen (manche sehen die Annäherung der orangen ukrainischen Regierung an die NATO und eine dahingehend mögliche Einflussnahme der NATO oder der USA als Ursache), die Energieverhandlungen scheiterten und per 1. Jänner 2006 drehte Gazprom den Gashahn zu. Bereits vier Tage später wurden nach vorläufigen Einigungen die Lieferungen wieder durchgeführt und am 11. Jänner verkündeten die Präsidenten Putin und Juschtschenko die gütliche Beilegung der Differenzen.

Waren die Auseinandersetzungen der 90'er Jahre noch recht spurlos an den europäischen Politikern und der europäischen Presse vorübergegangen, so entfachte dieser erste Energiestreit des neuen Jahrtausends einen Sturm der Entrüstung und trieb die Spirale der Spekulationen über einen

unmittelbar drohenden Wirtschaftskollaps Europas, der dann dem „unverlässlichen“ Russland anzulasten sei, in bisher ungeahnte Höhen: Einige EU-Mitgliedsstaaten verzeichneten zwar keine kompletten Energieausfälle, jedoch deutlich wahrnehmbare und sich auf die Wirtschaft ihres Territoriums doch signifikant auswirkende Energieeinbußen. Erstmals meldeten sich 2006 auch hochrangige Repräsentanten der EU zu Wort und mahnten Russland, bei seinen bilateral bedingten Maßnahmen gegenüber der Ukraine auch auf die Versorgungssicherheit Europas Bedacht zu nehmen.

Diese Mahnung verhallte aber ungehört: Bereits zwei Jahre nach dem großen Showdown 2006 sah sich Gazprom Anfang März 2008 wiederum gezwungen, aufgrund unbeglichener Forderungen gegen die Ukraine in der Höhe von 600 Mill. \$ die Gaslieferungen einzuschränken. Die Ukraine bestritt Grund und Höhe der Forderungen und weigerte sich zusätzlich, die von Russland aus Sicherheitsgründen geforderte Vorauszahlung für das Jahr 2008 zu leisten.

Nur ein Jahr später, Anfang 2009, verspürte die EU die bislang weitest reichenden Auswirkungen eines russischen Lieferstopps in die Ukraine: Ungarn, Rumänien, Polen und Bulgarien meldeten signifikante Lieferengpässe nach Brüssel, als, wie üblich, in den ersten Tagen des neuen Jahres 2009 90 Millionen Kubikmeter Gas weniger als an den Tagen zuvor von Russland in die Ukraine importiert wurden. Ausschlaggebend für diesen jüngsten Energiekonflikt waren einerseits die erneute Weigerung der Ukraine, angefallene Schulden in Höhe von 2,4 Milliarden \$ zu bezahlen, und andererseits die Uneinigkeit, was den neuen Preis für das von der Ukraine selbst konsumierte Gas betraf: Gazprom avisierte eine totale Angleichung des Preises an mitteleuropäisches Marktniveau und verlangte 250 \$ für 1000 Kubikmeter, wohingegen der Verhandlungsspielraum der Ukraine um die 200 \$ lag.

Der ukrainische Präsident Juschtschenko wandte sich daraufhin hilfeschend in einem Brief an den Präsident der Europäischen Kommission, Jose Manuel Barroso, und bat ihn, als Vermittler im Streit der Ukraine mit Russland aufzutreten. Nach Rücksprache mit der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft kam dieser dem Ansuchen gerne nach, auch mit Hinblick auf die Turbulenzen, die die Lieferengpässe innerhalb der EU ausgelöst hatten. Jedoch führten die neuen Verhandlungen ebenso wenig zu einem befriedigendem Ergebnis wie eine vom Kreml hastig einberufene internationale Energiekonferenz, die am 17. Jänner in Moskau tagte. Die multilateralen Gespräche wurden suspendiert, und Präsident Putin zog sich mit der ukrainischen Delegationsleiterin, Julia Timoschenko, zu vertraulichen Vier-Augen-Gesprächen zurück. Nach zähen Verhandlungen, die bis in die Nacht hinein reichten, verkündeten die beiden einen neuen Kompromiss: Russland würde der Ukraine 20 % Diskont auf den aktuellen Gas-Marktpreis für das Jahr 2009 gewähren, im Gegenzug würde die Ukraine von einer geplanten Erhöhung der Transitgebühren für 2009 absehen. Ab 2010 sollte die Ukraine den uneingeschränkten Marktpreis für das von ihr konsumierte Gas bezahlen.

Mit der Unterzeichnung eines 10-Jahres-Liefervertrages zwischen Gazprom und Naftohaz für die Jahre 2009 bis 2019 sowie der definitiven Vereinbarung, sich im Energiehandel keiner Unterhändler mehr zu bedienen, sollte ein endgültiger Schlussstrich unter den Konflikt gezogen werden. Inwiefern

sich dieser Schlusstrich als dauerhaft und standfest erweisen wird, werden die nächsten Jahre zeigen, wobei insbesondere die Jahreswechsel eine heikle Phase bezüglich der Lieferkonflikte darstellen. Russlands Standing als verlässlicher Energiepartner für die EU wurde jedenfalls aufgrund der Auseinandersetzungen mit der Ukraine nachhaltig und vermutlich irreparabel ramponiert: Die überwiegende Mehrheit der Politiker beschuldigt pauschal die Russische Föderation für die Lieferengpässe und übersieht geflissentlich, dass im Grunde genommen bei objektiver Betrachtung alleinig die Modernisierungsresistenz und die Weigerung der Ukraine, Schulden zu begleichen, als Ursachen für die weitreichenden Komplikationen gelten können. Russland versuchte durch die Lieferstoppmaßnahmen lediglich, legitime vertragsrechtlich eingeräumte Positionen in einem rein bilateralen Verhältnis durchzusetzen. Welche Konsequenzen diese Maßnahmen haben aber für die Energiestabilität und die Kundenzufriedenheit der EU haben würden, war den Machthabern im Kreml wohl durchaus bewusst. Dies rechtfertigt europäische Tendenzen, die Sicherheit der Energieversorgung Europas nicht nur mehr rein auf russische Importe auszulegen, sondern auch Alternativen zu überlegen und aktiv deren Ausbau voranzutreiben.

Ein weiteres Argument für die Abkoppelung der europäischen Energieversorgung weg von Russland liefern Experten, die die zukünftige Energieproduktion Russlands aufgrund von Nachschubproblemen und Förderungsengpässen gefährdet sehen. Obwohl Russland zu den weltweit stärksten Ländern zählt, was Energieressourcen betrifft (allein die Ölreserven werden auf mehr als 100 Milliarden Barrel geschätzt), so ist doch völlig unsicher, ob das Land fähig sein wird, diese unvorstellbar großen Ressourcen auch bedarfsdeckend zu fördern. Bis heute beruht Russlands Ölreichtum auf der Ausbeutung nur weniger, dafür umso größerer Ölfelder. Wie lange diese großen Ölfelder noch steigende Produktionszahlen zulassen, ist noch nicht abzusehen. Westliche Energieexperten gehen davon aus, dass derzeitige bzw. vergangene Fördermengen an Quantität wohl nicht mehr übertroffen werden können. Auch die Gasförderung wird überwiegend (2002 betrug der Anteil 80%!) an großen, von Produktionsrückgängen bedrohten sog. „Riesen“ bzw. „Reifen“-Fördergebieten vollzogen. Die starke Abhängigkeit von einigen wenigen großen Fördergebieten stellt sowohl im Gas- als auch im Ölsektor eine große Gefahr dar: Sollte ein Feld seinen Dienst versagen, würden verständlicherweise zuerst die Energieexporte zurückgeschraubt werden, um den heimischen Bedarf der Energienachfrage zu stillen. Ein solcher Ausfall eines einzigen Feldes könnte sich somit auch dramatisch auf die Versorgungssicherheit der EU-Staaten auswirken.

Um diesem Problem Abhilfe zu schaffen, muss von Seiten der russischen Energiekonzerne ein verstärkter Fokus auf die Erschließung neuer, bislang unangetasteter Fördergebiete gelegt werden. Deren gibt es wie gesagt genug, was sich allein von der Tatsache ableiten lässt, dass Sibirien als weltweit ressourcenreichste Region betreffend fossiler Energieträger gilt. Doch allein die Förderung neuer Energiequellen in Nordwest-Russland, das ja flächenmäßig nur einen kleinen Teil der neuen Energieträger-Gebiete ausmacht, würde laut Pyotr Sadovnik, dem stellvertretenden russischen Minister für Rohstoffe, 65 Milliarden \$ benötigen. Die meisten bis jetzt brach liegenden Fördergebiete zeichnen sich nicht gerade durch leichte Erreichbarkeit bzw. wohlwollende klimatische Verhältnisse aus, ganz im Gegenteil: Bewusst wurden bis jetzt die Strapazen vermieden, die die Erschließung von

jeglicher Zivilisation äußerst weit entfernter und von sehr rauem Klima geprägter Energiefelder unausweichlich mit sich bringt. Insofern warten auf die russische Energiepolitik in den nächsten Jahrzehnten finanzielle und infrastrukturelle Herkulesaufgaben, um die Fördermengen stabil zu halten.

Was Europa zusätzlich bedenken sollte, ist die Tatsache, dass Russlands eigener Energieverbrauch laut Schätzungen bis 2030 um 150 % anwachsen wird. Sollten sich inzwischen durch mangelnde Erschließung und fehlenden Innovationsgeist der russischen Energiebranche Engpässe ergeben, würden sich diese umso stärker auf die europäischen Nachbarländer auswirken. Nachfragekonkurrenz für die EU stellt aber nicht nur der heimische russische Markt selbst dar, sondern auch ausländische Energieimporteure, allen voran die USA, China, Indien und Japan. Laut Goldman Sachs werden die USA trotz rascher Aufholjagd durch China auch in absehbarer Zeit der weltweit größte Konsument fossiler Energieträger bleiben. Stagnieren die russischen Ressourcen, wird dies einen schärferen Wettbewerb unter den Wirtschaftsgroßmächten hervorrufen, für den sich die EU rüsten muss, will sie aus diesem Wettbewerb nicht mit großen Verlusten hervorgehen. Eine dahingehende Möglichkeit besteht vor allem in der Entwicklung neuer Transportanlagen für sog. „Liquified Natural Gas“ (LNG), welches sich viel flexibler transportieren und damit auch exportieren lässt als herkömmliches „natural gas“. Russland bemüht sich gegenwärtig, „LNG“-Anlagen voranzutreiben, die EU könnte im Sinne einer vorausschauenden Energiepolitik auf diesen Zug aufspringen und sich somit als modernes Exportland für Russland attraktiv machen.

Neben der beschränkten russischen Ressourcen und der steigenden externen Nachfrage nach russischer Energie führen westliche Energieexperten zur Bekräftigung einer Abkehr von Russland ein weiteres stichhaltiges Argument an: die mangelnde Transparenz und fehlende Effizienz der russischen Energiekonzerne: Dass sich Moskau weigert, Angaben über seine vorhandenen Kapazitäten und Förderpläne öffentlich bekannt zu machen, dient in Expertenkreisen als Zeichen von generellem Misstrauen seitens Russlands, welches noch zusätzlich durch die Weigerung Moskaus verstärkt wird, ausländische Investoren in den russischen Energiesektor vordringen zu lassen. Der Energiesektor erweist sich somit eindeutig als der zentralistischste, und leider auch als der rückschrittlichste Wirtschaftssektor des Landes.

Die Tatsache der mangelnden Privatisierung und marktwirtschaftlichen Ausrichtung der Energiebranche allein lässt noch keine allzu scharfe Kritik an Russland zu, wenn der Marktmonopolist Gazprom wirtschaftlich erfolgreich und mit Blick auf die zukünftige Versorgungsstabilität geführt würde. Die Realität zeigt ein anderes Bild, Gazprom (welches immerhin 86% der Energieproduktion und des Energieumsatzes verbucht) ist hoch verschuldet und nicht fähig, die notwendigen, oben angesprochenen Investitionen auszuführen. Die anderen fünf im Energiesektor tätigen Unternehmen, BP-TNK, LUKOil, Novatek, Rosneft und Surgutneftegaz, können aufgrund ihrer geringen Marktanteile wenig zur nötigen Besserung der Infrastruktur beitragen. Bis zum heutigen Tag blockt die russische Regierung ausländische Interventionen, den Energiemarkt doch endlich zu privatisieren, transparent zu gestalten und externe Investitionen zuzulassen, mit dem Argument ab, es handle sich um eine innenpolitische Angelegenheit, die keiner Einmischung von außen bedürfe.

Welche Maßnahmen soll die EU nun angesichts der dargelegten problematischen Energiebeziehungen zu Russland ergreifen, um in Zukunft nicht böse aus einer selbst verschuldeten Untätigkeit zu erwachen und auf einmal ohne die so dringend benötigte Energie dazustehen?

a. Reduzierung des Energieverbrauchs

Vorrangig muss die EU die eigene Energieeffizienz steigern und die „zu Hause“ anfallenden Probleme lösen. Experten gehen davon aus, dass der europäische Markt ein Einsparungspotenzial von bis zu 20 % des heutigen Verbrauches besitzt: Speziell im Hinblick auf die Herausforderungen des Klimawandels würde die EU also gut daran tun, Projekte und Innovationen für Energieeinsparungen zu fördern. Generell muss sich zwingendermaßen das Bewusstsein jedes einzelnen Bürgers dahingehend entwickeln, dass Energie keine Ressource ist, die einfach unbegrenzt und ohne jegliches Maß konsumiert bzw. verschwendet werden darf. Nachhaltigkeit, in den einzelnen Haushalten wie auch in der Großindustrie, ist das Gebot der Stunde, dem sich die EU mit voller Kraft widmen sollte. Die erst kürzlich erlebten Energieturbulenzen im Zuge des Konfliktes Russland-Ukraine könnten dahingehend für eine verstärkte Bewusstseinsbildung eingesetzt werden.

b. Partnerschaft EU-Russland

Russland lässt sich als wichtiger Energielieferant für Europa nicht vollständig umgehen, das muss allen beteiligten Akteuren klar sein. Die Energiesicherheit Europas kann nicht ohne ein gutes Einvernehmen und eine zukunftsorientierte Kooperation mit Russland gewährleistet werden. Eine passende Plattform für gegenseitigen Austausch bietet der EU-Russland-Energie-Dialog im Kontext der Gemeinsamen Außen – und Sicherheitspolitik der Union. Der Dialog sollte auf lange Sicht dazu führen, europäische Investitionen in Russlands veraltete Infrastruktur zu ermöglichen und mit beständiger Thematisierung des Problems vielleicht doch noch eine Liberalisierung und transparentere Gestaltung der russischen Energiepolitik zu erreichen. Auf diplomatischer Ebene sollte gegenseitiges Verständnis und Bewusstsein um die Unabdingbarkeit guten Einvernehmens für die wirtschaftliche Prosperität vorherrschen. Es nützt nichts, Ressentiments zu schüren oder Schreckensszenarien unreflektiert an die Wand zu malen. Wenn die EU die Notwendigkeit, Russland als verlässlichen Energiepartner an der Seite zu haben, anerkennt und auch Russland davon überzeugt, dass die EU ein essentieller und nicht zu ersetzender Partner im Bereich des Energieexports ist, dann werden beide Akteure gut daran tun, ein fruchtbares und zukunftsorientiertes Vorgehen in der Energiefrage anzustreben.

c. Effiziente EU-Energiepolitik

Schließlich wird der SMR in Zukunft wohl das für die EU größte Entwicklungspotenzial in Sachen Energiesicherheit besitzen. Dazu müssen nicht unnötig neue Initiativen oder Organisationen gegründet, sondern schlicht die bereits bestehenden besser genutzt werden. Es reicht Initiativen wie ENP, die Baku Initiative bzw. INOGATE in Verbindung mit fortschrittlichen Pipeline-Projekten (insb. Nabucco) mit erhöhter Effizienz weiterzuverfolgen.

Das Konzept hinter der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) ist die Erweiterung des gemeinsamen Marktes und die Harmonisierung der verschiedenen Rechtsordnungen, vor allem im wirtschaftlichen Bereich. Zusätzlich sollen Anreize geschaffen werden (z.B. Infrastrukturprojekte) mit denen eine schrittweise Bindung der Staaten des Kaspischen Meerraumes, des Mittleren Ostens und Nordafrikas an Europa erzielt werden soll. Dabei sollen auch bereits bestehende bi- und multilateralen Verträge und Kooperationen verstärkt genutzt werden. Energie spielt in dieser Politik naturgemäß eine starke Rolle. Die so genannten „Action Plans“ sehen eine breite Kooperation im Bereich des Energiedialogs, der Teilnahme an EU Energieprogrammen oder auch des Ausbaus und der Wartung der bestehenden Energietransportnetzwerke vor. Ein anderer Teil der EU Energiestrategie ist die seit November 2004 bestehende Baku Initiative, welche eine größere Verbindung der Energiemärkte, mehr Energiesicherheit und eine nachhaltige Energiepolitik anstrebt. Auch das mit der ENP und der Baku Initiative eng zusammenhängende INOGATE Programm zielt darauf ab, den Europäischen Energiemarkt stärker mit jenem des SMRs sowie der Kaspischen Meerregion zu verknüpfen. All diese Initiativen sehen Russland als wichtigen Partner in der Sache an. Allerdings hat dieser verständlicherweise bisher wenig Interesse daran bekundet, die Europäer widerstandslos in seine klassische Einflussphäre eindringen zu lassen. Dies würde dem Interesse Russlands, seine starke Marktposition im Energiebereich gegenüber Europa weiter zu halten, entgegenstehen.

Primär gilt es, das Vertrauen der Nachbarländer der EU in den europäischen Energiemarkt zu stärken, infrastrukturelle Verbesserungsmaßnahmen vorzunehmen und die marktwirtschaftlichen Prinzipien und Regulierungssysteme der EU auf die Nachbarländer zu übertragen. In Folge wird die Allokation neuer Exportländer wie Aserbaidschan und Kasachstan im Vordergrund stehen. Die EU wird sich als finanzkräftiger, verlässlicher und transparenter Exportpartner zu behaupten haben und sich aller Voraussicht nach als „der“ Global Player im SMR gegen Mitbewerber wie Russland und China durchsetzen (29).

Mit der geschilderten Drei-Punkte-Strategie scheint die Energiesicherheit der EU auch auf langfristige Sicht gewährleistet werden zu können. Damit aber das Thema „Energie“ in Zukunft nicht als Schreckensgespenst, sondern als positiv besetztes und von verantwortungsvollem Umgang gekennzeichnetes Thema behandelt wird, bedarf es nicht nur kraftvollen Engagements der höchsten EU-Gremien, sondern auch der uneingeschränkten Kooperation von Industrie und anderen Interessensgemeinschaften. Zuletzt sind auch wir Bürger, als mündige Bewohner Europas, dazu aufgefordert, unseren eigenen verantwortlichen Beitrag für eine zufriedenstellende Energie-Zukunft zu leisten.

Interesse an der Eindämmung organisierter Kriminalität aus dem Raum

von Agnes Handler, Phillip Hödl und Maximilian Müller

Einleitung

Nach dem Ende des kalten Krieges und insbesondere den Anschlägen vom 11. September 2001 gewannen neuartige Bedrohungen im sicherheitspolitischen Sinne an Aktualität, Bedeutung und Intensität. Unter den Begriff dieser „New Security Threats“ (NSTs) fallen Terrorismus und illegale Migration ebenso wie illegaler Drogen-, Waffen- und Menschenhandel.

Vorangegangene Untersuchungen und Studien der Region fokussieren sich beinahe ausschließlich auf bewaffnete Konflikte (ethnischer Art und solche im Zusammenhang mit Unabhängigkeitsbewegungen) und Energielieferungen, welche die NSTs außer Acht lassen. Das Interesse der Staaten und der Staatengemeinschaft an stabiler Sicherheit, die Tatsache, dass die Schwarzmeerregion als Region zwischen Asien, dem Nahen Osten und Europa Puffer und gleichzeitig Bollwerk Europäischer Maßnahmen gegen NSTs ist, und das erwähnte Ungleichgewicht in der wissenschaftlichen Aufarbeitung lassen eine Auseinandersetzung mit dem Thema gerechtfertigt erscheinen.

Bevor auf die exemplarisch angeführten NSTs näher und eingegangen wird, sollen zunächst die Ausgangslage und die die Sicherheit überwiegend nachteilig beeinflussenden Faktoren der Region erörtert werden.

Sicherheitspolitische Situation im SMR

a. Sicherheitsvakuum nach dem Kalten Krieg

Die zwei Hauptakteure zogen sich nach dem Ende des Kalten Krieges – unterschiedlich motiviert – aus dem Gebiet des Schwarzen Meeres zurück. Die dadurch bewirkte Entspannung in der Sicherheitsüberwachung und das Auftreten neuer unabhängiger Staaten hatten unterschiedliche Auswirkungen auf die Sicherheitssituation: Historische Rivalitäten traten wieder zu Tage, vormals unpassierbare Grenzen wurden wieder geöffnet und der wirtschaftliche und kulturelle Verkehr intensivierten sich. Darauf waren die (ehemaligen Sowjet-) Staaten nicht vorbereitet, an die Stelle der staatlichen Kontrolle und Organisation traten nicht selten Separatisten und Kriminelle.

b. Ethnische Konflikte und Separatismus

Derartige bewaffnete Konflikte sind großteils nach wie vor ungelöst und scheinen auch nicht in absehbarer Zeit beendet werden zu können. Man mag das Scheitern bis zu einem gewissen Grad auch in der Rentabilität und Profitance der mit ihnen verbundenen kriminellen Aktivitäten begründet sehen: Drogenhandel als Geldquelle für den Waffenkauf. Nicht anerkannte, autoritäre de facto Staaten sind – mag man es so betrachten – Quellen von Terrorismus und illegaler Migration. Wer daraus Gewinn ziehen kann, ist an einer Lösung der Konflikte nicht sonderlich interessiert.

c. Transitzone für organisierte Kriminalität

Die Region besticht für kriminelle Aktivitäten durch schlecht gesicherte Grenzen und günstige Transportwege, insbesondere auf dem Seeweg. Drogen-, Waffen- und Menschenhandel werden dadurch begünstigt.

d. Schwach ausgeprägte Staatlichkeit

Trotz der Absichtserklärungen aller Staaten der Region, Demokratien zu bilden, haben tatsächlich beinahe alle Staaten Probleme, eine solche zu errichten. Die Kontrolle über die intransparenten Sicherheitsbehörden fehlt ebenso wie deren Verantwortlichkeit und Zuverlässigkeit. Die niedrigen Gehälter machen für Beamte lukrative kriminelle Aktivitäten attraktiv.

Illegale Migration

Konflikte und wirtschaftliche Schwächen motivieren zur illegalen Migration durch die Länder und aus den Ländern des SMRs. Die organisierte Kriminalität bedient sich dabei auch eines gut entwickelten Netzwerkes zur Dokumentenfälschung. Zu unterscheiden ist zwischen der klassischen illegalen Migration und dem Menschenhandel, der aufgrund seines niederträchtigen sozialen Bedeutungsinhalts besonderes Augenmerk verdient. Mit ihm direkt verbunden ist der Handel insbesondere von Frauen und Kindern zu Prostitution, für die pornografische Industrie und den Organhandel, auf welchen später detailliert eingegangen wird. Derzeit sind alle Länder des SMRs selten Destination illegaler Migranten, sondern vielmehr Transit- und Ursprungsländer, obwohl das Potenzial besteht, dass sie sich zusätzlich auch zu Zielländern entwickeln. Die Türkei und Ukraine nehmen in der Region aufgrund ihrer Größe und geografischen Lage eine besondere Position ein. In den übrigen Ländern ist das Ausmaß an illegaler Migration geringer.

a. Türkei

Die Türkei als Transit- und Ursprungsland illegaler Migration fungiert auch als eines der wichtigsten Destinationsländer. Der Grund hierfür liegt wohl in der im Vergleich mit den angrenzenden Staaten doch eher gemäßigten muslimischen Gesinnung der türkischen Gesellschaft. Während der Konflikte in den 1970er, 80er und 90er Jahren (Iran – Irak, Golfkrieg, Bosnien – Kosovo) waren unter den Flüchtlingen auch Kriminelle, Terroristen, Radikale und Geheimdienstagenten. Die Türkei ist die Schnittstelle zwischen Ost und West und EUROPOL nach zuzufolge eine der beiden Haupttrouten der illegalen Migranten neben Russland.

b. Ukraine

Im Gegensatz zur Türkei ist die Ukraine kein Zielland illegaler Migranten. Genaue Statistiken über ukrainische illegale Migranten existieren nicht, das ukrainische Außenministerium geht von zwei Millionen illegal im Ausland lebenden ukrainischen Staatsbürgern aus. Unübersichtlich ist die Situation auch deswegen, weil nicht weniger als neun Behörden für Migration zuständig sind. Eine koordinierende Hauptadministration soll erst gegründet werden. In Zukunft ist ebenfalls damit zu rechnen, dass auch die Ukraine ein Zielland für illegale Migration wird, da sie sich mehr und mehr der Europäischen Union annähert und somit an Attraktivität gewinnt.

Organhandel

Der Begriff Organhandel bezeichnet den illegalen Handel mit Organen von Lebendspendern. In dieser Hinsicht wird weiter zwischen der illegalen Migration zum Zwecke einer Spende und dem grenzüberschreitenden Handel unterschieden. In Frage kommende Organe sind hauptsächlich die Niere und ein Teil der Leber, die sich bis zu einem gewissen Grad regenerieren kann.

Das grundsätzliche Problem ist, dass diesbezügliche Spenden so gut wie immer nicht freiwillig erfolgen, sondern unter Täuschung oder Zwang zustande kommen (30): Vereinzelt werden Personen, die aufgrund einer mit einer Organentnahme nicht in Verbindung stehenden Krankheit behandelt werden, ohne ihr Wissen Organe entnommen. Auch kommt es vor, dass ihnen vermeintliche Arbeitsgelegenheiten im Ausland versprochen werden. In der Folge sollen sie nun die entstandenen Transportkosten durch eine Spende ersetzen oder werden gar mit vorgehaltener Waffe zur Spende gezwungen. Der häufigste aller Fälle ist aber, dass die Spender einer Organspende „zustimmen“. Dabei werden sie weder über die Folgen eines Eingriffs informiert, wenn nicht sogar in den Irrglauben versetzt, ein solcher sei harmlos, noch halten sich die Händler an Abmachungen bezüglich der Bezahlung. Darüber hinaus wissen die Spender nicht einmal, in was sie einwilligen. Von einer Zustimmung im Sinne einer informierten und freiwilligen Zustimmung kann also nicht die Rede sein. Die schlechten sozio-ökonomischen Verhältnisse der Spender werden ausgenutzt, was ihre Willensfreiheit beschränkt. Sie stammen aus armen Verhältnissen und sind dadurch in einer schlechten Ausgangslage. Auch im Nachhinein haben die Spender mit mehreren Problemen zu

kämpfen: Ihr geschwächter Gesundheitszustand wird durch schlechte Ernährung, und Alkoholkonsum, durch schwere physische Arbeit, sowie durch das Ausbleiben einer Nachbehandlung weiter negativ beeinflusst. Sie werden entweder selbst zu Dialysepatienten oder sterben an ihren ernststen Nierenproblemen. In der Gemeinschaft, in der sie leben, sind sie nach einem Eingriff gebrandmarkt; meist werden sie noch mehr verachtet als Prostituierte. Eine Resozialisierung ist damit so gut wie unmöglich. Umfragen haben ergeben, dass sich ihre wirtschaftliche Lage nach einer Spende nicht verbessert, sondern verschlechtert hat. Im Großteil der Fälle, in denen sie freiwillig spenden, bekommen sie nur einen Bruchteil des zunächst versprochenen Entgeltes. So raten sie anderen dringend von einer Spende ab und würden es selbst nicht wieder tun. Sie würden bevorzugen betteln zu gehen oder einen Kredit aufzunehmen. Das Traurige ist, dass 96 % der Spender ihre Niere hergeben, um einen solchen zurückzuzahlen (30).

Als betroffene Länder im SMR sind nach Angaben des Europarats Bulgarien, Georgien, Moldau, Rumänien, Russland, die Türkei und Ukraine zu nennen (31). Der Grund dafür, dass unerlaubt mit Organen gehandelt wird, hat im Bedarf seinen Ursprung, der durch post-mortem Spenden und legale Lebendspenden nicht gedeckt wird.

Der erhebliche Mangel bedeutet für 40.000 Patienten eine Wartezeit von durchschnittlich 3-5 Jahren, 15-30 % sterben auf der Warteliste (31). Eine gelungene Transplantation, die zunehmend häufiger erfolgreich verläuft, stellt die Überlebenschance der Patienten dar und erhöht deren Lebensqualität.

Zur Bekämpfung dieser Kriminalität stehen sich unter Experten zwei Ansätze gegenüber (30): Der eine fordert einen regulierten Markt für Organe, möchte somit die entgeltliche Spende legalisieren. Man argumentiert, dass Organe ohnehin verkauft werden. Warum also sollten die Verkäufer davon innerhalb eines regulierten und überwachten Systems nicht profitieren? So sollen Täuschung und Zwang verhindert, Händler überflüssig und eine medizinische Nachbehandlung garantiert werden. Der andere orientiert sich an zwei existierenden Profitsystemen, in denen es nicht funktioniert hat, ein ausreichendes medizinisches System zu etablieren. Es werden wiederum die Reichen sein, die sich eine Transplantation mit folgender Nachbehandlung leisten können, somit werden wieder nur die Armen spenden. So soll eine entgeltliche Spende verboten werden. Viele internationale Abkommen (UN Trafficking Protocol, WHO's Guiding Principles on human organ transplantation, European Convention on Human Rights and Biomedicine und ein Zusatzprotokoll) verbieten den Menschenhandel zum Zwecke einer Organentnahme sowie eine finanzielle Abgeltung oder sonstige Zuwendung für Organspenden, doch werden Fälle von Organhandel selten festgestellt. Vornehmlich befassen sich Journalisten mit diesem Thema. Das ist auch ein Grund dafür, dass nur wenig detaillierte und akkurate Informationen sowie nur einige einschlägige Studien vorliegen.

Die Maßnahmen zur Bekämpfung fallen von Seiten der Europäischen Union sowie generell ziemlich dürftig aus. Direkte Programme gibt es nicht, bloß Empfehlungen an die Staaten. Diese beinhalten die Unterzeichnung und Ratifizierung der internationalen Abkommen, in Europa insbesondere das Übereinkommen über Menschenrechte und Biomedizin sowie dessen Zusatzprotokoll über die

Transplantation menschlicher Organe und Gewebe. Die strafrechtliche Verantwortung soll sich dem Abkommen nach nicht nur auf die Händler beschränken, sondern auf alle Beteiligte ausgeweitet werden und eine für medizinisches Personal enthalten. Die Versorgung durch post-mortem-Spenden soll durch geeignete Maßnahmen gesteigert werden. Auch hier ist zum Beispiel der Europarat wenig konkret.

Insgesamt ist also festzuhalten, dass das Thema Organhandel wohl mehr mediale Aufmerksamkeit und wissenschaftliche Studien benötigt, um das Bewusstsein der Staaten zu steigern. Die Empfehlungen sollten sodann zu konkreten Projekten ausformuliert werden, damit es nicht bei generalklauselähnlichen Forderungen bleibt.

Terrorismus

Das Bedrohungsbild Terrorismus besitzt in der Region eine regionale sowie eine globale Dimension. Einerseits sind terroristische Vereinigungen mit lokalen Agenden in der Region aktiv, andererseits ist die Region im internationalen Kampf gegen den Terrorismus, insbesondere durch die Kooperation mit den USA, sehr engagiert.

Zu den regional tätigen, terroristischen Organisationen im SMR sind vor allem türkisch-kurdische und islamistische sowie russisch-tschetschenische Organisationen zu zählen. Diese streben nationale Unabhängigkeit an. Die zwei in der Region tätigen griechischen Organisationen sind hingegen links-anarchistisch motiviert.

Definitionen von Terrorismus sind vielfältig und in großer Anzahl vorhanden. Zentrale Problematik ist hierbei immer die schwierig zu ziehende Trennlinie zwischen Widerstandskampf und Terrorismus. Dieser Umstand spiegelt sich auch in den Auflistungen der terroristischen Organisationen der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten wider, die nicht deckungsgleich sind. Die aktuelle Liste der Europäischen Union, die 48 Gruppen und Organisationen, bei denen Anlass zu spezifischen und restriktiven Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung für notwendig erachtet werden, umfasst, ist im Gemeinsamen Standpunkt des Rates der Europäischen Union vom 15. Juli 2008 zu finden (32). Einige Klagen von dort genannten Gruppen, die Einspruch gegen ihre Einstufung erheben, sind bereits beim Europäischen Gerichtshof eingegangen. Über von den Vereinigten Staaten als terroristisch eingestufte Organisationen gibt der „Country Reports on Terrorism 2008“ Auskunft (33). Beide Erhebungen zusammenfassend können folgende terroristische Zusammenschlüsse genannt werden:

Unter den türkischen Organisationen finden sich auf der Liste der EU sowie der Vereinigten Staaten die Kongra-Gel, die PKK sowie die „Revolutionary People’s Liberation Party/Front“. Zwischen der Kongra-Gel und den türkischen Streitkräften kommt es immer wieder zu harten Gefechten. Der terroristische Arm der Kongra-Gel, „Kurdistan Freedom Hawks“, verübte vor allem in von Touristen frequentierten Gebieten im Westen der Türkei einige Anschläge. Das letzte nachweislich von der

„Revolutionary People’s Liberation Party/Front“ begangene Attentat passierte im Juni 2006, als ein Polizist in Istanbul getötet wurde. Im März 2008 kam es zur Verhaftung von drei Anhängern der Gruppierung durch die türkische Exekutive, da sie des Bombenbaus und geplanter Anschläge verdächtigt wurden (33).

Des Weiteren gibt es wie eingangs schon erwähnt zwei griechische Organisationen, die „Revolutionary Organisation 17 November“ und die „Revolutionary Nuclei“, die sich ebenfalls auf beiden Terrorlisten befinden. Erstere konnte im Juni 2002 knapp an einem geplanten Bombenanschlag in Athen gehindert werden. Die „Revolutionary Nuclei“ verübte ihren letzten nachgewiesenen Bombenanschlag 2000 in Athen, dessen Ziel die Bank „Citigroup“ und das Atelier eines griechisch-amerikanischen Bildhauers war (32).

2001 noch auf der Liste der Vereinigten Staaten der „Specially Designated Global Terrorists“, sowie auf der Liste derjenigen Organisationen, die Verbindungen zur Al-Qaida unterhalten, sind drei tschetschenische Vereinigungen zu finden. Dies sind die „Riyadus-Salikhin Reconnaissance and Sabotage Battalion of Chechen Martyrs“, „International Islamic Brigade“, sowie die „Special Purpose Islamic Regiment“. Alle drei agieren untereinander verbunden und werden teilweise verdächtigt, mit der Geiselnahme im Moskauer Dubrowka-Theater 2002 und der Geiselnahme von Beslan 2004 in Verbindung zu stehen.

Die regionale Zusammenarbeit zwischen den Staaten der Region im Bezug auf Terrorismusbekämpfung ist bisher beschränkt. Erste Kooperationen fanden vor allem nach den Anschlägen des 11. Septembers statt. Hierbei wurde die bereits bestehende Organisation GUUAM mit den Mitgliedsstaaten Georgien, Ukraine, Usbekistan, Aserbaidschan und Moldau, die als politische, ökonomische und strategische Allianz zur Stärkung der Unabhängigkeit und Souveränität der vormaligen Sowjet-Republiken gegründet wurde, als Forum für bestehende Sicherheitsprobleme auf verschiedenen Ebenen genutzt. Am Gipfel 2002 in Yalta wurde im Abschlussdokument festgehalten, dass sich die Staaten dazu verpflichten, Terrorismus und organisierte Kriminalität zu bekämpfen. Dieses Dokument wurde von allen Präsidenten der Mitgliedsstaaten mit Ausnahme von Usbekistan, das an diesem Treffen nicht teilnahm, unterschrieben. Es folgte noch im selben Jahr eine Kooperation mit den USA im Bereich Grenzkontrolle, Terrorismus, organisierte Kriminalität und illegalem Drogenhandel, der die Bildung von Arbeitsgruppen zu den verschiedenen Bereichen folgte (34). Allerdings fand der letzte Gipfel vor mittlerweile schon 6 Jahren im Juli 2003 in Yalta (Ukraine) statt.

Auf zwischenstaatlicher Ebene gibt es eine bilaterale Kooperation zwischen Russland und Türkei; sowie eine trilaterale Kooperation zwischen Aserbaidschan, Georgien und der Türkei, die sich beide im Wesentlichen auf Arbeitsgruppen beschränken (34).

Die Region ist aber auch für den globalen Terrorismus von äußerst wichtiger Bedeutung, dies vor allem auf Grund der Nähe zum Nahen Osten und zu Zentralasien. Des Weiteren unterhalten nahezu alle Staaten der Region kooperative Sicherheitsbeziehungen zu den USA. Hier sind Partnerschaften der Vereinigten Staaten mit Armenien, Aserbaidschan, Bulgarien, Serbien, Georgien, Rumänien, Ukraine und der Türkei zu erwähnen. Serbien und Bulgarien absolvieren mit den USA gemeinsame „Counterterrorism-Trainings“. Die Beziehung zur Türkei ist von einer engen Anti-Terror Partnerschaft geprägt. Rumänien, Armenien, Georgien und Aserbaidschan haben den Vereinigten

Staaten Fluggenehmigungen gewährt. Mit Georgien und Moldawien bestehen außerdem Projekte zur Unterstützung des Aufbaus rechtlicher Rahmenbedingungen im Kampf gegen den Terrorismus. Armenien, Rumänien, Ukraine, Türkei, Aserbaidschan, Usbekistan und Georgien beteiligen bzw. beteiligten sich an der „Operation Iraqi Freedom“. Georgien war ebenfalls an der „European Convention on the Suppression of Terrorism.“ Beteiligt (33).

Zudem beherbergt die Region potentielle terroristische Gefahren, auf Grund der instabilen inneren Verfassung der dort ansässigen Staaten.

Illegaler Drogenhandel

Der illegale Drogenhandel ist in der Region sehr dynamisch. Der Konsum steigt, Handelsrouten verändern sich, und es gibt eine steigende Produktion von synthetischen Drogen. Die Kultivierung von zur Drogenherstellung benötigten Pflanzen ist begrenzt, vor allem seit dem Verbot des Mohnanbaus in der Türkei in den 70er Jahren. Allerdings ist der Mohnanbau in Afghanistan, durch den Heroin gewonnen wird, ein großes Problem, das durch die geographische Nähe auch für die Region höchst relevant ist. Im Norden finden sich zudem einige Laboratorien zur Herstellung von Opiaten und synthetischen Drogen, vor allem in Russland, Ukraine und Moldawien (34).

Der Drogenhandel ist auf vielfältigste Weise mit der virulenten Sicherheitsproblematik verknüpft. Drogenkonsum schwächt soziale Strukturen, fördert Beschaffungskriminalität und unterminiert die Rechtsstaatlichkeit. Darüber hinaus ist die komplexe Verflechtung von illegalem Drogenhandel und Korruption äußerst problematisch (34). Durch die schwindende Grenze zwischen organisierter Kriminalität und aufständischen Gruppen werden Konflikte in der Region wie in Tschetschenien und in Abchasien noch zusätzlich geschürt.

Der Drogenhandel bedroht auch die regionale und internationale Sicherheit. Er ist ein Katalysator für kriminelle Netzwerke, die sich als sehr anpassungsfähig bezüglich ihrer Aktivitäten, etwa bezüglich der Ausweitung auf Menschen- und/oder Waffenhandel, erwiesen haben (34).

a. South Caucasus Anti-Drug Programm

Als praktisches Beispiel für die Bekämpfung des illegalen Drogenhandels in der Region, und als sicherheitspolitische Maßnahme der Europäischen Union soll im Folgenden kurz das Südkaukasus - Anti-Drogen Programm, insbesondere das Teilprojekt Rechtshilfe in Georgien, vorgestellt werden. Dieses Programm ist beispielhaft für den neuen ganzheitlichen sicherheitspolitischen Ansatz der

Europäischen Union, der verschiedenste Faktoren in seiner Vorgangs- und Lösungsweise einbezieht.

Schon in der Europäischen Sicherheitsstrategie von 2003 wurde festgehalten, dass Europa primäres Ziel für organisierte Kriminalität, insbesondere auch Drogenhandel ist, was als interne Bedrohung der europäischen Sicherheit erachtet werden muss. Als Gründe werden in der Strategie primär die Schwäche und das Versagen der Staaten angeführt (35).

Das Problemfeld Drogenhandel im Südkaukasus ergibt sich vor allem aus der geographischen Lage, also der Nähe zu Drogenschmuggelrouten von Afghanistan nach Russland und Europa. 90 % des Heroins, das in Europa im Umschlag ist stammt von Mohn aus Afghanistan. Hinzu kommen ineffektive Grenzkontrolle und die allgemein schwach ausgeprägte Rechtsstaatlichkeit der Staaten in der Region. Problematisch ist ferner die komplexe Verkettung von Terrorismus, organisierter Kriminalität, Korruption und illegalem Drogenhandel, die in dieser Region besonders gegeben ist (36). Auch territoriale Konflikte sind mit dem illegalen Drogenhandel eng verbunden., besonders bei den separatistischen Bewegungen in Südossetien und Abchasien (Georgien) sowie in der Region Nagorno-Karabakh (Aserbaidshjan).

Um der Problematik des illegalen Drogenhandels entgegen zu wirken wurde das „South Caucasus Anti-Drug Programm (SCAD)“ entworfen. Dieses wird von der Europäischen Union im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik finanziert, die Umsetzung obliegt dem „United Nations Development Programme“ (UNDP).

Das Programm richtet sich an die Länder Georgien, Armenien und Aserbaidshjan. Es besteht seit 2001 und befindet sich seit 2007 in seiner fünften Phase. Hierbei handelt es sich um ein Zweijahresprogramm, dessen Laufzeit sich von 2007 bis September 2009 erstreckt und für diesen Zeitraum alle drei Länder mit einem Gesamtbudget von ca. 2 Millionen Euro ausstattet (36). Ziel des Programms ist die Stärkung von Drogenkontrollkapazitäten in der Region mit dem gemeinsamen Ziel, Drogenmissbrauch präventiv zu verhindern und Drogenabhängigen professionelle Hilfe anzubieten.

Zu den Arbeitsbereichen der jetzigen fünften Phase (SCAD 5) gehören im Speziellen: Information, Rechtshilfe, Prävention, Behandlung von Drogensüchtigen und regionale Trainings zur Rechtsdurchsetzung.

b. Rechtshilfe in Georgien

Ein Teilprojekt des Programms in Georgien ist „Legal Assistance“, sprich Unterstützung beim Aufbau

von rechtlichen Rahmenbedingungen. In der ersten Phase des Programms fand eine erste Elaborierung von Aktionsplänen zur Bekämpfung des illegalen Drogenhandels statt. In der dritten Phase wurde dies weitergeführt, indem Unterstützung bei der Einführung von Gesetzen zur Drogenkontrolle geboten wurde. Dies wurde in der vierten Phase fortgesetzt.

Im Rahmen des SCAD 5 erstellen lokale Rechtsexperten Analysen der rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen des jeweiligen Landes, zeigen eklatante Defizite auf und formulieren Prioritäten für zukünftige Verbesserungsmaßnahmen.

Ein internationaler Experte schlägt Verbesserungen der Legislatur in Übereinstimmung mit international anerkannten Vorgehensweisen vor, und ein Missionsreport wird erstellt. Lokale und Internationale Experten führen nationale Trainings zur Harmonisierung der Drogenkontrollgesetze durch, weiters ist ein regionales Seminar über "best practices" geplant. Außerdem soll ein reger Austausch zwischen georgischen und europäischen Richtern und Staatsanwälten durch Studienreisen gewährleistet werden (36).

Zur Wirksamkeit der Maßnahme kann gesagt werden, dass von 2006 bis 2007 der zuständige Rat innerhalb des georgischen Ministeriums für Arbeit und Gesundheit ein Anti-Drogen-Strategiedokument elaborierte, begleitet von einem entsprechendem Aktionsplan, der allerdings bis heute nicht vorgestellt wurde. Im Februar 2007 wurden allerdings die meisten strategischen Ziele des Plans in einer Resolution des georgischen Parlaments übernommen. Von einer Expertengruppe wurden weitere Gesetzesentwürfe formuliert bzw. neue Gesetze implementiert, wie beispielsweise das „Law of Georgia on Fight against drug related crimes“, welches die Bewahrung bestimmter Rechte für des Drogenmissbrauchs schuldig gesprochene Personen vorsieht (z.B. das Wahlrecht). Georgien hat um weitere Unterstützung in diesem Bereich angefragt. (36, 37)

Als zukünftige Herausforderungen definiert UNDP die weitere Implementierung der UN Konvention („UN Nations Convention against Illicit Traffic in Narcotic Drugs and Psychotropic Substances, 1988), die von allen 3 Staaten unterzeichnet wurde. Eine weitere Verfestigung nationaler Legislatur sowie die Entwicklung eines nationalen Aktionsplanes, der sich mit Bereichen wie dem Drogenbedarf und Drogenangebot sowie Präventionsprogrammen beschäftigt, sind dabei essentiell. Zudem soll zukünftig die Entwicklung von Kapazitäten im Bereich der Schlagfertigkeit der Exekutive vorangetrieben werden (36).

Mit einem äußerst niedrigen Budget ausgestattet, scheint die Bekämpfung des illegalen Drogenhandels, anders als in der Europäischen Sicherheitsstrategie von 2003 kommuniziert, nicht zu den Prioritäten der Europäischen Union zu zählen. Allerdings zeigt das vorgestellte Programm, dass die EU durchaus mit einem erweiterten Begriff von Sicherheit operiert und damit verbunden auch komplexe und vielfältige Lösungsstrategien verfolgt, um sicherheitspolitischen Problematiken der Länder des SMRs erfolgreich entgegen zu treten. So ist im gesamten Programm und insbesondere auch im Teilprojekt Rechtshilfe zu erkennen, dass die Stärkung der rechtlichen Kapazitäten und Rahmenbedingungen und damit letztendlich die Stärkung der derzeit schwachen Rechtssetzungs- und Rechtsdurchsetzungskompetenzen der Länder als für die Bekämpfung von sicherheitspolitischen Gefahren fundamental erachtet wird.

Illegaler Waffenhandel und -besitz in der Schwarzmeerregion

Das beachtliche Ausmaß illegalen Waffenhandels in den Anrainerländern des Schwarzen Meeres lässt sich nicht ausschließlich auf deren wirtschaftliche Probleme zurückführen. Große Waffenlager und eine produktionsstarke Waffenindustrie - Relikte sowjetischer Zeit - fördern die illegale Proliferation. Dabei treten nicht nur kriminelle Akteure auf: Waffenhandel findet sowohl zwischen offiziell nicht anerkannten Territorien als auch zwischen anerkannten Regierungen statt. Die mangelnde Transparenz bei Waffenexporten der jeweiligen Länder macht es schwierig, den Umfang und die Auswirkungen einzuschätzen. Vor allem die großen Waffenproduzenten der Region, Ukraine, Bulgarien, Russland und Rumänien, scheuten sich in der Vergangenheit nicht davor, Geschäfte mit zweifelhaften Regimes in Afrika und dem Nahen Osten einzugehen.

Die Existenz mehrerer nicht anerkannter und nicht kontrollierbarer de facto - Staaten in der Schwarzmeerregion verschärft das Ausmaß des illegalen Waffenhandels. Separatistische Bewegungen werden mit Waffenmaterial aus unbekanntem Quellen versorgt. Die Korruption und eine hohe Kriminalitätsrate innerhalb des Militärs der Schwarzmeerländer tragen des Weiteren dazu bei, dass die Proliferation militärisch genutzter Waffenbestände floriert.

In Bezug auf den illegalen Waffenhandel wird im Folgenden zwischen der Proliferation von Massenvernichtungswaffen (*weapons of mass destruction - WMD*) und kleinen, leichten Waffen (*small arms and light weapons - SALW*) unterschieden. Zum Typus der SALW zählt man nicht nur zu militärischen Zwecken bestimmte Kleinwaffen, sondern auch leichte Waffen, die von einer Einzelperson oder einer kleinen Gruppe transportiert werden können (Definition der Europäischen Union im *Abkommen über den Beitrag zur Bekämpfung der destabilisierenden Akkumulation und Verteilung von Kleinwaffen und leichten Waffen, 1999/34/CFSP*) (38). Unter Massenvernichtungswaffen versteht man im Allgemeinen biologisches, nukleares oder chemisches Waffenmaterial, das, im Gegensatz zu konventionellen Waffen, über eine besonders zerstörerische Wirkkraft verfügt.

a. Proliferation und illegaler Besitz von Kleinwaffen am Beispiel von Georgien

Proliferation, Besitz und Gebrauch von SALWs in Georgien stehen in engem Zusammenhang mit zahlreichen innerstaatlichen Konflikten, die seit Erlangung der Unabhängigkeit schwelen. Die Kontrolle dieses Waffentypus wird durch die sozialen und politischen Umstände zusätzlich erschwert, was sich insbesondere in den beiden abtrünnigen Provinzen Abchasien und Südossetien zeigt. Zwar fanden in der Vergangenheit einige Sammelprojekte unter dem Versprechen einer allgemeinen Amnestie statt, unvollständige Aufzeichnungen der Ergebnisse und mangelnde Transparenz der Maßnahmen lassen jedoch nur Schätzungen der Menge des eingezogenen Materials zu. Die Bedingung, abgegebene

Waffen dürften nicht für kriminelle Handlungen eingesetzt worden sein, wurde von öffentlicher Seite nur ungenügend geprüft. Derzeit plant das georgische Verteidigungsministerium die Vernichtung militärisch eingesetzter SALWs und eine umfassende Inventur von Lagerbeständen, um funktionsuntüchtige und überschüssige Waffenbestände auflösen zu können. Dem *Caucasus Institute for Peace, Democracy and Development* zufolge ist auf politischer Seite bisher allerdings kein Ansatz erkennbar, der auch die grundlegende Vernichtung privater Waffenbestände fordere. Nur 159.000 SALWs in privater Hand sind offiziell registriert worden, 250.000 hingegen werden in illegalem Besitz vermutet.

Ein solch großer Bestand an kleinen und leichten Waffen trug schon Anfang der 1990er Jahre, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, zur Eskalation zahlreicher Konflikte in Georgien bei. Nach Waffenruhen begann sich die Situation zu stabilisieren - allerdings schien auch das staatliche Interesse an der Proliferation von SALWs zu schwinden. Trotz ziviler Entwaffnungsprogramme und strikterer Kontrollmaßnahmen lässt sich auch heute noch ein umfangreicher und für die allgemeine Sicherheitslage bedrohlicher SALW-Bestand in Georgien vermuten (39). Die Anwesenheit unterschiedlichster Konfliktparteien auf georgischem Staatsgebiet - Regierungstruppen, südossetische und abchasische Separatistenbewegungen, russisches Militär und zahlreiche internationale Beobachter - erschwert die Kooperation und Koordination im Kampf gegen die Proliferation. Hinzu kommt, dass die georgische Regierung in Tiflis noch immer keine absolute Kontrolle über das staatliche Hoheitsgebiet aufweisen kann und sich die Lage seit dem russisch-georgischen Konflikt 2008 sogar noch verschärfte.

b. Gegenmaßnahmen der Europäischen Union gegen den illegalen Besitz und die Proliferation von SALWs in Georgien

« *The Strategy contributes to the way the EU is perceived by third countries (recipients and other donors) and helps to strengthen the position of the EU not only as donor but also as a credible SALW policy advocate* » (40) (*Erster Zwischenbericht über die Umsetzung der EU-SALW Strategie vom 14. Juni 2006*)

Die Europäische Union und die Republik Georgien entwickeln derzeit einen Aktionsplan im Kontext der *Europäischen Nachbarschaftspolitik*. Die Kooperation basiert in erster Linie auf politischen Hilfestellungen und Projektarbeit gemäß der im *Country Strategy Paper* (41) enthaltenen Vorgaben. Die Institutionalisierung der Zusammenarbeit wurde durch die Entsendung des Hohen Repräsentanten (EU Special Representative; EUSR) in den Südkaukasus, Peter Semneby, im März 2006 bekräftigt (42).

Bei der Bekämpfung der Proliferation von SALW auf internationaler Ebene berufen sich die Staaten auf das *Programme of Action to Prevent, Combat and eradicate the Illicit Trade in Small Arms and Light Weapons in All its Aspects* (UN Dokument A/CONF.192/15) der Vereinten Nationen, das im Juli 2001 beschlossen wurde. Ähnliche Leitfäden wurden von der OSZE (*OSCE Document of SALW,*

November 2000) und der NATO erstellt. Die Europäische Union entschied sich im Dezember 2005 für eine eigene Strategie auf Grundlage der *European Security Strategy* (43). Ebenfalls im Dezember 2003 war bereits ein Dokument über das Vorgehen gegen WMD erlassen worden.

Sowohl im Bereich der WMD als auch bei der Bekämpfung der Proliferation von SALWs stützt sich die Strategie der Europäischen Union auf drei Säulen: Es wurden Maßnahmen zur Nicht-Proliferation und Abrüstungs-Programme beschlossen, sowie Forderungen nach umfassenderen Exportkontrollen gestellt. Die zugrunde liegende *European Security Strategy* unter dem Titel „A secure Europe in a better world“ betrachtet die Konsequenzen, die sich aus dem Handel und dem Besitz kleiner und leichter Waffen ergeben, als besondere Bedrohung verschiedenster Aspekte der Sicherheitssituation Europas (analog zu Terrorismus, schwach entwickelter Rechtsstaatlichkeit, Organisierter Kriminalität etc.). Im Juni 2007 wurde durch einen Erlass des Europäischen Rates, der *Schlussfolgerung über Kleinwaffen und leichte Waffen und zugehörige Munition*, die Bedeutung des EU-Engagements in diesem Bereich bekräftigt. Mit ihrem Engagement zählen die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten zu den wichtigsten Akteuren bei der Bekämpfung des illegalen Handels und Besitzes von Kleinwaffen weltweit (44).

Durch das Budget der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik tritt die Europäische Union als Co-Finanzier von Anti-Proliferationsprojekten in zahlreichen Süd- und Südosteuropäischen Staaten auf. Dies betrifft zwar hauptsächlich die Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien (vgl. UN-Mission SEESAC - *South Eastern and Eastern Europe Clearinghouse for the Control of Small Arms and Light Weapons*) - interessanterweise aber, wenn gleich auch in geringerem finanziellen Umfang, auch Länder der Schwarzmeerregion.

In der Stellungnahme 2000/803/CFSP (45) des Europäischen Rates vom 17. November 2004 legt dieser das Ausmaß der Beteiligung der EU an SEESAC-Projekten offen. Unter anderem wurde die *Black Sea conference on SALW* in Zusammenarbeit der EU, SEESAC, OSZE, NATO, der Niederlande und dem Schweizer Außenministerium finanziert. Rund 330.000 Euro flossen 2004 von Seiten der EU in die Bekämpfung der Proliferation von SALW. Bereits seit dem Jahr 2000 wird die Kontrolle, Sammlung und Zerstörung von Kleinwaffen in Südossetien mit 90.000 Euro unterstützt. Der Europäischen Kommission zufolge handelte es sich dabei in erster Linie um ein Projekt unter Leitung der OSZE, bei dem in der Region Zchinvali in Südossetien Waffen von der Zivilbevölkerung abgegeben werden konnten. Als Ausgleich fanden eine Amnestie und eine finanzielle Vergütung statt. Die örtliche Bevölkerung hätte grundsätzlich positiv auf das Programm reagiert und eine beachtliche Menge an Waffenmaterial konnte eingesammelt werden. Gleichzeitig sollte durch die Zusammenarbeit georgischer und südossetischer Polizeieinheiten unter Führung der OSZE gegenseitiges Vertrauen geschaffen werden (46). Die EU wirkte somit nicht nur privatem illegalem Waffenbesitz entgegen sondern wurde auch als Mediator für die Konfliktparteien aktiv.

Ein weiteres Beispiel für das Engagement der Europäischen Union gegen die Proliferation von SALWs im SMR ist die Kooperation mit der Ukraine. Durch die Finanzierung von Schmelzöfen zur

Waffenvernichtung, der Einrichtung eines dafür geeigneten Filtersystems und dem Kauf von Bandsägen und hydraulischer Pressen sollten die ukrainischen Bemühungen zur Vernichtung privater SALW-Bestände unterstützt werden. Der Stellungnahme 2005/852/CFSP des Europäischen Rates vom 29. November 2005 (47) ist zudem zu entnehmen, dass die EU wiederum über eine Co-Finanzierung - in diesem Fall über den Haushalt des *NATO Maintenance and Supply Agency (Namsa)* - an der Zerstörung von 400.000 SALW, 15.000t konventioneller Munition und 1000 *man-portable-air-defense-systems (MANPADS)* in der Ukraine mitwirken wollte. Insgesamt belaufen sich die finanziellen Aufwendungen im Rahmen des EU/Ukraine-Aktionsplans (48) auf eine Million Euro (2006).

In Anbetracht des sich noch im Umlauf befindlichen illegalen SALW-Materials, scheint diese Summe relativ gering zu sein. Gleichzeitig drängt sich die Frage auf, warum die Europäische Union, in Zusammenarbeit mit ihren internationalen Partnern, überhaupt auf die angeführte, wenig umfangreiche Projektarbeit im Schwarzmeergebiet setzt. Vermutlich hofft sie auf Synergieeffekte, auf die Aktivierung des staatlichen Selbsthilfe-Potentials oder begnügt sich mit dem Anschein, grundlegend wenigstens in Ansätzen zur Bekämpfung der illegalen SALWs beigetragen zu haben.

c. Proliferation von WMD-fähigem Material und Maßnahmen der Europäischen Union

In der europäischen Strategie zur Verhinderung der Weiterverbreitung von WMD und WMD-fähigem Material, die im Dezember 2003 vom Europäischen Rat beschlossen wurde, findet sich bereits ein Hinweis auf eine geplante Zusammenarbeit der EU mit der IAEA (Internationale Atomenergieorganisation). Darauf Bezug nehmend wurde 2004 vom Europäischen Rat eine Beteiligung an Maßnahmen zur Verbesserung des Schutzes von legal genutztem Nuklearmaterial in Ländern Südosteuropas, Zentralasiens und der Kaukasus-Region beschlossen (49). Bis heute leistete die EU einen Beitrag von insgesamt 20 Millionen Euro zum *IAEA-Nuclear-Fund* und wurde damit zu dessen größtem Spender. In verschiedenen gemeinsamen Projekten versuchte man die Schutzmaßnahmen von radioaktivem Material bei dessen Herstellung, Gebrauch, Lagerung und Transport zu intensivieren. Mit Beiträgen zu Projekten, zu weiteren Konventionen (vgl. BWTC; *Biological Weapons and Toxin Convention*) und multinationalen Institutionen wirkte die Europäische Union auch bei der Verbesserung der so genannten *Bio-Safety* und *Bio-Security* mit. Unter anderem wurde dabei der Ukraine Hilfestellung bei der Verbesserung des Schutzes labortechnisch genutzter biotoxischer Substanzen geleistet, was dem bisher letzten *Progress Report* des Europäischen Rates zu entnehmen ist (50).

Die Problemlage im Bereich der Proliferation WMD-fähigen Materials erschreckt - die *Nuclear Threat Initiative* verzeichnete allein 2008 18 Fälle illegalen Transports von Nuklearmaterial in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (51). Zum Beispiel wurde am 1. Dezember 2008 am ukrainischen Schwarzmeer-Hafen Illitschiwsk ein Container mit radioaktivem Material entdeckt. Die Intensität der Strahlung betrug 190-340 Microentgen/h, womit das erlaubte Niveau von 30 Microentgen/h enorm überschritten wurde. Es handelte sich dabei um kontaminiertes Material, das auf

einem niederländischen Schiff aus Ägypten kommend, in der Ukraine weiterverkauft werden sollte. Dieser Fall verdeutlicht, welche Bedeutung dem Schwarzmeergebiet als Transitzone zwischen Ost und West und als Güterumschlagplatz vor den Toren Europas zukommt.

Folgendes Beispiel soll die Bedeutung für die europäische Sicherheit vor Augen führen: Im April 2008 wurde an der ukrainisch-moldawischen Grenze ein Zug mit 5.400 Tonnen medizinisch genutztem radioaktivem Material entdeckt, das vom onkologischen Institut Chişinău/Moldawien nach Tschechien geliefert werden sollte. Aufgrund der illegalen Strahlungsintensität, der unterlassenen Gefahrgut-Kennzeichnung und der nicht befolgten Strahlenschutz-Auflagen wurde der Transport unverzüglich gestoppt.

Hier wird die Bedeutung europäischer Initiativen zur Unterbindung der Proliferation von WMD-fähigem Material aus den Staaten Ost-, Südosteuropas und Zentralasiens deutlich. Forschungsinstitute betonen dabei den Zusammenhang der Proliferation von Waffenmaterial mit anderen Aspekten Organisierter Kriminalität, wie dem Menschen- und Drogenhandel - was insbesondere auf die bekannten Schmuggerrouten von Ost nach West zutrifft. Der Schwarzmeerregion schenkt man als Ursprungsort, Transit- und Pufferzone der angeführten Bedrohungsaspekte besondere Beachtung. Welchen Beitrag die Projektarbeit und Implementierungen der Europäischen Union zur Verhinderung der Proliferation von SALWs und WMD-fähigem Material in der Zukunft leisten werden, lässt sich an dieser Stelle noch nicht eindeutig ermesen.

Literatur

- (1) Solana, Javier (2003): Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie. Brüssel. <http://ue.eu.int/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf>; letzter Zugriff : 18.03.2009, 7-8
- (2) Solana, Javier (2008): Report on the Implementation of the European Security Strategy. Providing Security in a Changing World. Brussels. http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/reports/104630.pdf; letzter Zugriff : 18.03.2009, 6
- (3) Algieri, Fanco / Kammel, Arnold (2009): Neuer Wein in alten Schläuchen: Der Bericht zur Umsetzung der Europäischen Sicherheitsstrategie (AIES Focus 1/2009), <http://www.aies.at/files/server.php?id=21>; letzter Zugriff : 18.03.2009, 4
- (4) FAZ.NET (02.04.2008): Gipfeltreffen in Bukarest. Kaczynski rügt deutsche Nato-Politik. <http://www.faz.net/s/RubDDBDABB9457A437BAA85A49C26FB23A0/Doc~E3FB57BBF7AAD438F8E36BFA438028F49~ATpl~Ecommon~Scontent.html>; letzter Zugriff: 30.05.2009.
- (5) Nichol, Jim (2009): Russia-Georgia Conflict in August 2008: Context and Implications for U.S. interests. <http://www.fas.org/sqp/crs/row/RL34618.pdf> , letzter Zugriff: 02.06.2009, 2
- (6) International Crisis Group (2007): Georgia's South Ossetia Conflict: Make Haste Slowly. <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=4887> , 1
- (7) Andrew Andersen: Russia Versus Georgia: One Undeclared War In The Caucasus. <http://www.conflicts.rem33.com/images/Georgia/RUSSIA%20VERSUS%20GEORGIA.htm>
- (8) International Crisis Group: Conflict History Georgia <http://www.conflicts.rem33.com/images/Georgia/RUSSIA%20VERSUS%20GEORGIA.htm>
- (9) Popescu, Nicu (2005): The EU in Moldova: Settling conflict in the neighbourhood, The European Institute for Security Studies, Paris, 15-31
- (10) Beehner, Lionel (2005) in: Council on Foreign Relations Backgrounder: Nagorno-Karabakh: The crisis in the Caucasus, CFR, Washington, DC, 1-2
- (11) Alieva, Leila (2008) in: European Institute for Security Studies Opinion: Azerbaijan's Presidential Elections: Do oil and democracy mix?, ISS, Paris,
- (12) Marveeva, Anna (2008) Conflicts in the Wider Black Sea Region in: Mangot, Gerald (Hrsg.) The Wider Black Sea Region in the 21st century: Strategic, Economy and Energy Perspectives, Center for Transatlantic Relations, Washington, DC, 188,197-198
- (13) Pifer, Steven (2009) in: Council on Foreign Relations Report no. 41: Averting Crisis in Ukraine, CFR, Washington, DC, 16-29
- (14) British Petroleum (BP), Statistical Review of World Energy June 2008. Verfügbar auf www.bp.com/statisticalreview, letzter Zugriff: Juni 2009
- (15) Communiqué der Europäischen Kommission an der Europäischen Rat und das Parlament Parlament, „An Energy Policy for Europe“, SEC (2007), 12
- (16) International Finance Corporation: BTC Project <http://www.ifc.org/btc>, letzter Zugriff 2.6.2009
- (17) F. Wallace Hays (2008): The Nabucco Pipeline: A Sober Assessment, 7-9, 19
- (18) Projektbeschreibung, Nabucco Webseite, <http://www.nabucco-pipeline.com/project/project-description-pipeline-route/project-description.html>, letzter Zugriff 01.06.2009
- (19) British Petroleum (BP), Statistical Review of World Energy 2009. http://www.bp.com/liveassets/bp_internet/globalbp/globalbp_uk_english/reports_and_publications/statistical_energy_review_2008/STAGING/local_assets/2009_downloads/statistical_review_of_world_energy_full_report_2009.pdf, letzter Zugriff 2.6.2009
- (20) Istanbulanalytics.com (2008) Nabucco: Political Necessity meets Economic Reality, Appendix <http://www.istanbulanalytics.com/>, 3
- (21) Economist Intelligence Unit, Turkmenistan – Warm sentiments and hot air (2008), Business Eastern Europe 14.04.2008
- (22) Vertiefend vgl. <http://www.sam.gov.tr/perceptions/Volume2/December1997-February1998/kepbanov.PDF>, letzter Zugriff 2.6.2009
- (23) Gordon Feller, Nabucco Chief Sees Pipeline Pumping Iranian Gas (2008), Pipeline & Gas Journal

- (24) Petrojet: The Arab Gas Pipeline. <http://www.petrojet.com.eg/arabpipeline.htm>, letzter Zugriff 02.06.2009
- (25) Wirtschaftsblatt: Durchbruch bei Nabucco und auch bei South Stream <http://www.wirtschaftsblatt.at/home/international/osteuropa/374027/index.do?from=rss>, letzter Zugriff 2.6.2009
- (26) Der Standard: Durchbruch bei Verhandlungen. <http://derstandard.at/?url=/?id=1241622496009>, letzter Zugriff 1.6.2009
- (27) The Cambridge Forecast Group Blog: The Turkey-Greece-Italy Pipeline (TGI) <http://cambridgeforecast.wordpress.com/2008/02/10/turkey-greece-italy-gas-pipeline/>, letzter Zugriff 2.6.2009
- (28) FAZ.NET: Türkei wartet auf Richterspruch <http://www.faz.net/s/RubDDBDABB9457A437BAA85A49C26FB23A0/Doc~EE19FF93C3F544F60B8099FD79F21A72B~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, letzter Zugriff 2.6.2009
- (29) Gerhard Mangott & Kirste Westphal (2008): The Relevance of the Wider Black Sea Region to EU and Russian Energy Issues, In: The Wider Black Sea Region in the 21st Century: Strategic Economic & Energy Perspectives, Washington, D.C., Center for Transatlantic Relations, 157-158
- (30) Pearson, Elaine (2004): Coercion in the Kidney Trade?. A background study on trafficking in human organs worldwide. Eschborn: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH, 10-18
- (31) Council of Europe (2003): Trafficking in Organs in Europe, Report Doc. 9822. <http://assembly.coe.int/documents/workingdocs/doc03/edoc9822.htm>
- (32) Gemeinsamer Standpunkt 2008/586/GASP des Rates vom 15. Juli 2008, zur Aktualisierung des Gemeinsamen Standpunkts 2001/931/GASP über die Anwendung besonderer Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und zur Aufhebung des Gemeinsamen Standpunkts 2007/871/GASP, zuletzt aufgerufen am 01.06.2009
- (33) Country Reports on Terrorism 2008, Secretary of State, USA, zuletzt aufgerufen am 01.06.2009. <http://www.state.gov/s/ct/rls/crt/2008/>
- (34) Polyakov, Leonid (2003): New Security Threats. In: Pavliuk, Oleksandr und Klymush-Tsintsadze (Hrsg., 2003): The Black Sea Region: Cooperation and Security Building. EastWest Institute: New York
- (35) Europäische Sicherheitsstrategie, Brüssel den 12. Dezember 2003, Europäischer Rat, <http://ue.eu.int/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf>, letzter Zugriff 01.06.2009.
- (36) SCAD Project Document: South Caucasus Anti-Drug Programme Phase V, UNDP Project Document, http://undp.org.ge/new/files/project_files/SCADV-prodioc-revision.pdf. letzter Zugriff am 01.06.2009.
- (37) SCAD Georgia Website, www.scad.ge/index.php?action=show&type=news&id=21. letzter Zugriff am 01.06.2009.
- (38) 1999/34/CFSP: Joint Action of 17 December 1998 adopted by the Council on the basis of Article J.3 of the Treaty on European Union on the European Union's contribution to combating the destabilising accumulation and spread of small arms and light weapons <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:31999E0034:EN:HTML> letzter Zugriff: 16.05. 2009
- (39) Wood, David (2006): Taking stock. Small arms and human security in Georgia. London/Tiflis: Caucasus Institute for Peace, Democracy and Development; Saferworld, 4
- (40) Erster Zwischenbericht über die Umsetzung der EU-SALW Strategie vom 14. Juni 2006. register.consilium.europa.eu/pdf/en/06/st10/st10538.en06.pdf. letzter Zugriff: 16.05. 2009
Europäische Kommission: Country Strategy Paper http://europa.eu.int/comm/external_relations/georgia/csp/georgia_csp_6.pdf. letzter Zugriff: 16.05. 2009
- (41) Joint Action des Europäischen Rats 2006/121/CFSP http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/1_04920060221en00140016.pdf. letzter Zugriff: 16.05. 2009
- (42) European Security Strategy <http://ue.eu.int/uedocs/cmsUpload/78367.pdf>. letzter Zugriff: 16.05 2009

- (43) Auswärtiges Amt: Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Themen/Abruestung/MinenKleinwaffen/KleinLeichtWaffen.html#t4> . letzter Zugriff: 16.05. 2009
- (44) Europäischer Rat, <http://register.consilium.eu.int/pdf/en/04/st14/st14533.en04.pdf>. letzter Zugriff: 16.05. 2009
- (45) Stellungnahme 2000/803/CFSP des Europäischen Rates vom 17. November 2004, http://ec.europa.eu/external_relations/cfsp/doc/small_arms_en.pdf letzter Zugriff: 16.05. 2009
- (46) <http://eurlex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2005:315:0027:0028:EN:PD> >letzter Zugriff: 16.05 2009
- (47) Stellungnahme 2005/852/CFSP des Europäischen Rates vom 29. November 2005, <http://eurlex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2005:315:0027:0028:EN:PD> letzter Zugriff: 16.05.2009
- (48) EU-Ukraine Action Plan http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action_plans/ukraine_enp_ap_final_en.pdf letzter Zugriff: 16.05. 2009
- (49) Europäischer Rat: Strategie gegen Proliferation von Massenvernichtungswaffen <http://ue.eu.int/uedocs/cmsUpload/st10448.en04.pdf> letzter Zugriff: 17.05. 2009
- (50) Europäischer Rat: Progress Report <http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/08/st17/st17184.en08.pdf> letzter Zugriff: 17.05.2009
- (51) Nuclear Threat Initiative <http://www.nti.org/db/nistraff/index.html> letzter Zugriff: 17.05. 2009